

9/10

DIE ALTERNATIVE



UNSICHERE ZEITEN

Herausgegeben von



September/Oktober 2020
Einzelheft: 2,50 Euro
Abonnement: 17 Euro
P.b.b., Verlagspostamt 1040
02Z031242 M, Kd.-Nr: 0 021 012 558

Pass egal Wahl bis zum 6. Oktober

Die *Pass Egal* Wahl 2020 findet von 17. August bis 6. Oktober an verschiedenen Standorten in ganz Wien statt. Abgestimmt wird über die Parteien, die bei der Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl kandidieren. Alle, unabhängig von ihrem Pass, können ihre Stimme abgeben! Auch Solidaritätsstimmen von Menschen mit österreichischem Pass sind herzlich willkommen. Im Anschluss an die Pass Egal Wahl werden die Stimmen ausgezählt und das Ergebnis bekanntgegeben!

Weitere Informationen unter:

<https://www.sosmitmensch.at/save-the-date-pass-egal-wahl-2020>

3. Lebenslauf - der Lauf

Ja, er findet statt, der dritte Lebenslauf!

Wir freuen uns sehr, am 4. Oktober laufen wir wieder für unser gemeinsames Anliegen, eine offene, eine menschliche Flüchtlingspolitik. Seid auch dabei, als Sportler*innen, als Pat*innen, als Unterstützer*innen!

Der Lauf findet auch heuer im Rahmen des **Langen Tags der Flucht** des UNHCR statt

Gestartet wird in den Bewerben:

Hauptlauf

Auf 5 km werden die schnellsten Frauen und Männer in den Altersgruppen 11-19, 20-34, 35-49, 50-64 und 65+ gesucht.

Teamlauf

In der gesonderten Teamwertung küren wir die besten 3er-Laufteams.

Kinderlauf

Wer noch nicht alt genug für den Hauptlauf ist, kann beim Kinderlauf auf 1.000 m starten. Die Altersgruppen sind 4-5, 6-7, 8-9,10-11 und 12-14 Jahre.

Nordic-Walking

Auf 5 km werden die schnellsten Walker*innen in den Altersgruppen 11-24, 25-49, 50-64 und 65+ gesucht.

Anmeldung, alle Infos zum Lauf und zur Strecke sind *auf* www.lebens-lauf.at zu finden.

Reclaim the City - Widerständiges Spazieren Wir holen uns ein Stück Stadt zurück.

Viele Veranstaltungen und Diskussion mussten COVID-19 bedingt in den letzten Monate ausfallen, oder konnten nur online stattfinden.

Für die w23 - wie auch für viele andere selbstverwaltete linksradikale/emanzipatorische Räume - ist die aktuelle Situation alles andere als leicht. Wir vermissen die Diskussionen, Filmabende, Vorträge, Plaudereien mit euch. Trotz prekärere Lage, halten wir es aktuell für keine gute Idee in der w23 Programm zu machen.

Darum wird diesen Sommer & Herbst die Stadt unser Raum. Dort ist alles gut belüftet (COVID-19 mäßig, weil die Autos verdrecken die Luft ungebremst weiter) und auch das Abstand halten ist leichter.

Wir wollen uns ein Stück Stadt zurück holen und mit spannenden Inhalten einen neuen Blick auf die Orte an denen wir leben gewinnen.

Deshalb haben wir ein vielfältiges Programm an Stadterforschung zusammengestellt. Wir wollen uns mit widerständigen Orten und Praxen in Wien ebenso beschäftigen, wie mit der Repression und Unterdrückung die Menschen in dieser Stadt erfahren.

Das vorläufige Programm von **(Re)claim the City - Widerständig Spazieren** organisiert von Gruppen aus der w23 und Freund_innen.

Weitere Informationen unter:

<https://raw.at/texte/2020/re-claim-the-city-widerstaendig-spazieren/>

<https://wipplinger23.org/>

DIE ALTERNATIVE

INDEX

- s. 4 KOMMENTAR Arbeitsmarkt am Limit
s. 5 KURZMELDUNGENb

GEWERKSCHAFT UND BETRIEB

- s. 6 – 8 Covid 19 und Geschlecht
s. 9 – 10 Koste es was es wolle!
s. 11 – 12 Schule und Corona
s. 13 Pflegereform
s. 14 – 15 Wahlrecht in Wien

COMIC

- s. 16/17 MUCH

KLIMA UND VERTEILUNG

- s. 18 – 19 Klima Corona Deal
s. 20 – 21 Eine andere Wirtschaft ist möglich

INTERNATIONAL

- s. 22 – 23 Reichsflaggen vor dem Reichstag
s. 24 – 26 US-Wahlen
s. 27 Spiel mit dem Bürgerkrieg

MAGAZIN

- s. 28 – 30 Interview: Hiroshima Tag
s. 31 Rezension Danube Women Stories 2
s. 32 Rezension Verwortungen

IMPRESSUM

Medieninhaber, Verleger Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeberin** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion** Renate Vodnek, **Layout** Stefanie Hintersteiner

Alle 1040, Belvederegasse 10/1, **Telefon** (01) 505 19 52-0, **Fax** (01) 505 19 52-22, **E-Mail für Abonnement** auge@ug-oegb.at, **Redaktion** alternative@ug-oegb.at, **Internet** www.ug-oegb.at, **Bankverbindung** (14 000) Kto.Nr. 00 110 228 775, **BIC** BAWAATWW, **IBAN** AT30 1400 0001 1022 8775.

Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers oder der Herausgeberin entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler.

DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702



In diesem Magazin werden folgende Schriften verwendet:
Share / Linux Libertine / Linux Biolinum / Sansus



Editorial
von Renate Vodnek

Unsichere Zeiten

Wir leben und arbeiten in unsicheren und herausfordernden Zeiten. Das spiegelt sich auch in dieser Ausgabe der Alternative wieder. Einen Schwerpunkt haben wir auf die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt gelegt. In diesen Krisenzeiten werden Ungleichheiten verschärft, Benachteiligungen manifestieren sich. Das wollen wir nicht hinnehmen.

Die Wahl in Wien macht den diskriminierenden Zugang zu demokratischen Grundrechten in Österreich erneut deutlich. Rund 30% der Wiener_innen sind bei der Gemeinderatswahl nicht wahlberechtigt. Das zeigt nicht nur die fehlende Repräsentanz großer gesellschaftlicher Gruppen, sondern ist auch ein Legitimationsproblem unserer Demokratie. Corona und die damit verbundenen Konsequenzen wären die höchst notwendige Gelegenheit für nachhaltige Veränderungen unseres Wirtschaftssystems und grundlegender Strategien in unserer Gesellschaft. Wir werden nicht müde diese Debatte weiter zu forcieren und aktiv an einem Systemwechsel zu arbeiten.

In diesem Sinne:
Bleiben wir wachsam und kämpferisch.



ARBEITSMARKT AM LIMIT

Die Kurzarbeit ist bis mindestens März 2021 angesetzt, über eine Verlängerung wird bereits verhandelt. Die Anträge stagnieren auf hohem Niveau. Ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit wird erwartet. Der wird hauptsächlich auf Insolvenzen zurückzuführen sein. Rund 700 Millionen Euro sind für Arbeitsstiftungen sowie Aus- und Umschulungsmaßnahmen geplant, wie genau diese umgesetzt werden sollen, ist noch völlig unklar. Mit dem Beginn der Schule wird das Aufkommen an Infektionszahlen erhöht werden, die Menschen sind aus dem Urlaub zurück und das Leben verlagert sich zunehmend nach innen.

Im Alltag heißt das ein weiteres Leben in Unsicherheit. Die Erkältungszeit kommt, das hat auf Schulen und Kindergärten starke Auswirkungen. Die Symptome sind erstmals nicht unterscheidbar zwischen einem Schnupfen und einer Covid-19-Infektion. Jene, die können stellen sich bereits innerlich wieder auf Homeoffice ein, andere bangen um ihren Arbeitsplatz. Ob und wann der Arbeitsmarkt sich erholen wird ist derzeit nicht wirklich absehbar. Was wie ein Durchbeißen und Aushalten bis zum Sommer ausgesehen hat, entpuppt sich als langwierig, die Belastungsgrenzen werden erneut verschoben. Und alle sind mehr oder weniger betroffen.

Während die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften um Konzepte für die Arbeitszeitverkürzung ringen, zeigt der Bundeskanzler seine arbeitsmarktpolitische Kompetenz, indem er die Aufweichung der Ruhensbestimmungen fordert, um die Wirtschaft anzukurbeln. Also mehr arbeiten für diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, weniger Chancen für jene, die eine suchen. Das passt in die politische Ideologie.

Statt solidarischem Umbau weitere Spaltung

Die schnelle Einführung der Kurzarbeit war ein richtiger und ein wichtiger Schritt. Weitere müssen folgen. Noch ist offen, in welche Bereiche und in welche Jobs Erwerbsarbeitslose hineinqualifiziert werden sollen. Auch wie breite Weiterbildungsprogramme und Qualifizierungen unter den eingeschränkten Bedingungen durch Covid-19 und den Abbau von qualifizierten Trainer_innen in den letzten Jahren durchgeführt werden sollen, steht noch in den Sternen. Ebenso ist nicht klar, wo die Arbeitsplätze herkommen, wenn nicht öffentliche Investitionen ausgebaut werden. Das dazugehörige Programm lässt auf sich warten. Besonders schwierig ist der Jobeinstieg unter den unsicheren Bedingungen der Corona-Ampel. Jede Woche wird neu festgelegt, welche Gebiete welchen Status bekommen, wo Einrichtungen geschlossen werden.

Die Antwort auf die Arbeitsmarktkrise in Qualifizierung zu suchen bedeutet das weitere Fortschreiben der Individualisierung von Risiken. Es wird damit suggeriert, dass Menschen, die ihren Job verlieren und keinen neuen finden, eben einfach nicht „richtig qualifiziert“ sind. Die Unterscheidung zwischen schuldloser und nicht schuldloser Arbeitslosigkeit ist aber reine Augenauswischerei und geht völlig am Problem vorbei. Dabei gibt es wenig Debatten darüber, was denn gebraucht wird. Nebulos geht es mal wieder um Digitalisierung und Umweltkompetenzen. Was das genau ist und wo diese zum Einsatz kommt, bleibt im Dunkeln.

Es ist fahrlässig jetzt nicht strukturell zu antworten und Nägel mit Köpfen zu machen, sondern ein System zu erhalten, das bereits ohne Pandemie viele Menschen ausgeschlossen hat. Das zeigt: Es geht nicht um den Blick auf das Ganze, sondern mal wieder nur um Klientelpolitik, jedenfalls, so scheint es, dieser Regierung.



KURZMELDUNGEN AUS DER ARBEITSWELT

WAHLKABINE IST ONLINE

Für die Wahl in Wien ist wieder eine Wahlkabine erstellt worden. Seit nunmehr 18 Jahren gibt ein Redaktionsteam aus Politikwissenschaftler_innen und Journalist_innen Orientierungshilfe bei Wahlen. Für die Wienwahl wurden 25 Fragen formuliert und die Antworten dazu bei den Parteien eingeholt. In der Folge hat das Redaktionsteam diese Antworten auf Widersprüchlichkeiten zu Aussagen der Parteien untersucht, das Ganze also nochmals einem Realitätscheck unterzogen.

Alle Antworten der Parteien können inklusive der von ihnen eingeschätzten Wichtigkeit des Themas auf der Website wahlkabine.at miteinander verglichen werden.

www.wahlkabine.at

PETITION ZUR AUSWEITUNG DES WAHLRECHTS ONLINE

Im Rahmen der Wienwoche startet die Initiative Wahlwexel eine Kampagne und Petition für die Ausweitung des Wahlrechts. Das Wahlrecht soll an das Wohnrecht gebunden werden, damit alle Menschen an ihren Wohnorten über die Politik, die sie betrifft, mitbestimmen können. Bei der kommenden Wienwahl sind fast ein Drittel der Wohnbevölkerung auf Grund ihrer Staatsbürgerschaft nicht wahlberechtigt und können damit bei wichtigen Fragen zur Gestaltung ihrer Stadt und ihres Lebens nicht mitbestimmen. Die Petition an den Nationalrat „Wahlrecht für alle, die hier leben“ wurde anlässlich der Wienwahl gestartet, ist aber für ganz Österreich ein wichtiges Anliegen. <https://mein.aufstehn.at/petitions/wahlrecht-fur-alldie-hier-leben>

AUS FÜR DIE KSÖ

Die katholische Sozialakademie – KSÖ war in den vergangenen Jahrzehnten eine wichtige Einrichtung in Fragen der Umverteilung, der Armutsbekämpfung und im Kampf um soziale Rechte. Weit über den konfessionellen Rahmen hinaus hat sie beachtenswerte Grundlagenarbeit zu sozialen Themen gemacht und sich aktiv in die Debatte eingemischt. Auch

komplexen Fragen und Auseinandersetzungen, wie z.B. dem Grundeinkommen, ist sie nicht aus dem Weg gegangen, sondern hat diese aktiv gesucht. In Kooperationen mit vielen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen hat sie sich für das gute Leben für alle eingesetzt.

Nun hat die Bischofskonferenz den Beschluss gefasst, die KSÖ zu schließen. Wirklich einsichtig ist das nicht und darüber hinaus ein großer Verlust für den Kampf um soziale Gerechtigkeit in Österreich, auch aus säkularer Sicht.

ARBEITSKAMPF IM AMS

Im Arbeitsmarktservice stehen die Zeichen auf Arbeitskampf. Die Mehrbelastungen und Herausforderungen durch Kurzarbeit und explodierende Arbeitslosigkeit in Zusammenhang mit Corona wurden über einen gewissen Zeitraum abgefangen, nun geht es nicht mehr. Die angekündigten Maßnahmen zur Abfederung, wie z.B. die Aufstockung des Personals oder auch Prämien bzw. die Abgeltung des besonderen Engagements wurden seitens der Regierung nicht umgesetzt. Nun wehren sich die Arbeitnehmer_innen und erhöhen den Druck, denn die Situation am Arbeitsmarkt wird sich in absehbarer Zeit nicht entspannen, das hat natürlich auch massive Auswirkungen auf den Arbeitsaufwand im AMS. Wir wünschen den Kolleg_innen viel Power und senden unsere solidarischen Grüße.

DIE CORONA-AMPEL IST DA

Lange angekündigt wurde jetzt die Corona-Ampel präsentiert. Die Hoffnung auf mehr Transparenz hat sich damit nicht erfüllt. Immer noch gibt es ein Gremium, von dem die Öffentlichkeit nicht wirklich weiß, wer darin sitzt und auf welcher Grundlage die weitreichenden Entscheidungen über die aktuell geltende Ampelfarbe getroffen werden. Weiterhin sind viele Auswirkungen auch unklar. Es bleibt wichtig, sich genau zu informieren, offene Fragen zu Homeoffice, Urlaub, Auslandsreisen genau abzuklären und bei der Gewerkschaft nachzufragen. Denn auch wenn jetzt ein Farbleitsystem eingeführt wird, bleibt vieles offen.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE AUSWIRKUNGEN DER COVID-19-PANDEMIE AUF DEN ARBEITSMARKT

Die durch die COVID-19-Pandemie ausgelöste wirtschaftliche Krise schärft den Blick für bereits vorher existente soziale Ungleichheiten. Weniger Fokus liegt hingegen auf den Ungleichheiten aufgrund des gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisses. Dabei war dieser Zusammenhang selten so offensichtlich, denn Frauen sind besonders von der Krise betroffen – und das in mehrfacher Hinsicht.

Die Krise trifft Frauen am Arbeitsmarkt mehrfach:

- ▶ Der stark weiblich geprägte Dienstleistungsbereich (z.B. persönliche Dienstleistungen, Tourismus) war besonders vom Lockdown betroffen. Seit April kommt es zu einer Trendwende: Erstmals ist die Arbeitslosenquote der Frauen höher als die der Männer.
- ▶ Gleichzeitig halten Frauen durch ihre unbezahlte und bezahlte Arbeit die Gesellschaft am Laufen. Viele Berufe, die derzeit als systemrelevant gelten – wie etwa im Lebensmittelhandel, im Gesundheits- und Pflegebereich, im Reinigungsbereich und im Sozialbereich – sind konstant unterbezahlt und weisen einen hohen Frauenanteil, insbesondere von Frauen mit Migrationsgeschichte, auf. Während andere Wirtschaftsbereiche stark von Arbeitslosigkeit betroffen waren, sahen sich die Beschäftigten in diesen Berufen mit einer sehr hohen Arbeitsbelastung konfrontiert.
- ▶ Die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf und zusätzliches Homeschooling stellten für viele erwerbstätige Eltern – insbesondere für erwerbstätige Mütter – einen enormen Drahtseilakt dar. Speziell Alleinerziehende wurden hier im Stich gelassen.

Der feine (Geschlechter-)Unterschied

Anders als bei der Finanzkrise 2008/09, in der hauptsächlich der männlich dominierte Produktionssektor von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen war, sind jetzt vor allem Teile des besonders stark weiblich geprägten Dienstleistungssektors (Tourismus, Handel – ausgenommen Lebensmittel, private Dienstleistungen usw.) von der Krise betroffen. Das zeigt eine Spezialauswertung der AMS-Arbeitsmarktdaten. Zu Beginn der COVID-19-Krise im März ist die Arbeitslosigkeit von gestern auf heute explosionsartig angestiegen (+65,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat). In den westlichen Bundesländern gab es im März einen besonders hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Auffallend ist dabei, dass die Erwerbsarbeitslosigkeit bei Frauen dort noch stärker (Tirol: +216 Prozent, Salzburg: +149 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) als bei Männern (Tirol: +185 Prozent, Salzburg: +131 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) anstieg. (Abb. 1)

Der Monat April wies die höchste Arbeitslosenquote in den Krisenmonaten – und damit den höchsten gemessenen Wert der Zweiten Republik – auf. (Abb. 2)

Ende April 2020 war die Erwerbsarbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft und im Tourismus mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr, in der Warenproduktion stieg sie um rund 67 Prozent im Vergleich zum April 2019. Auch die Zahl der arbeitslos vorgemerkten Personen aus den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung und Erbringung von persönlichen Dienstleistungen verdoppelte sich im Vergleich zum Vorjahr. Wie Ende März 2020 entfielen auch Ende April zwei Drittel des Anstiegs auf Arbeitnehmer_innen aus dem Tourismus, der Bauwirtschaft, aus Handelsunternehmen und aus dem Bereich der Arbeitskräfteüberlassung. Hier zeigt sich, dass sowohl männer- als auch frauendominierte Wirtschaftsbereiche von der Krise betroffen sind. Ohne Kurzarbeitsmodell wäre die Arbeitslosigkeit noch um ein Vielfaches stärker angestiegen. (Abb. 3)

Zusätzlich kommt es seit April zu einer Trendwende bei der Arbeitslosenquote: Bis zur Krise (einschließlich März) war die Arbeitslosenquote der Frauen niedriger als jene der

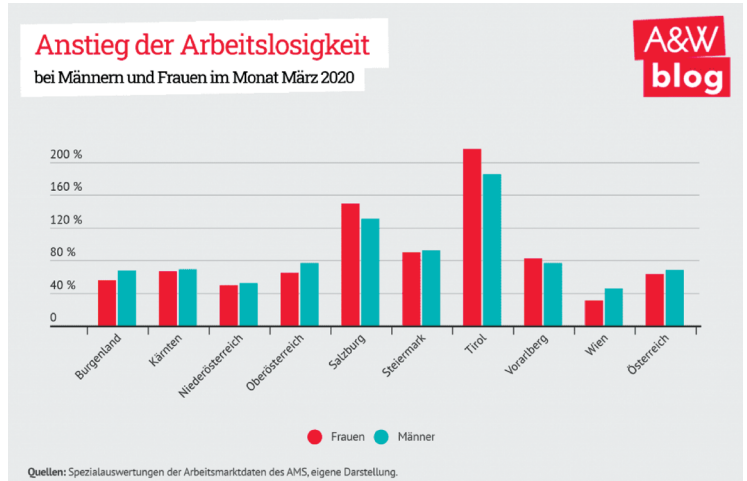


Abb. 1

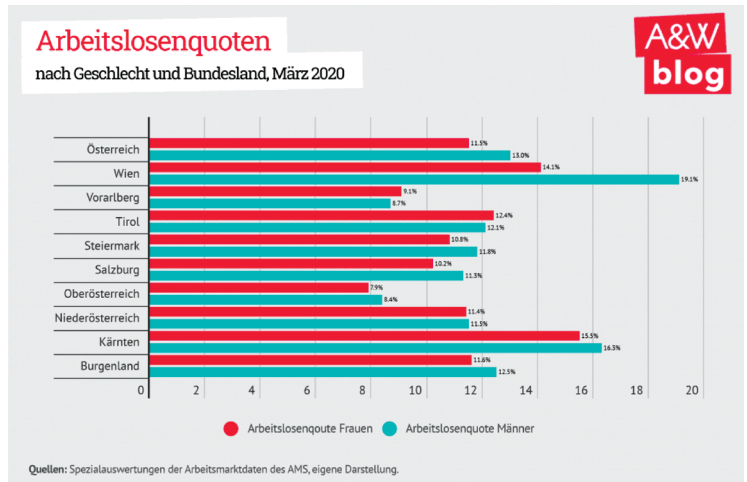


Abb. 2

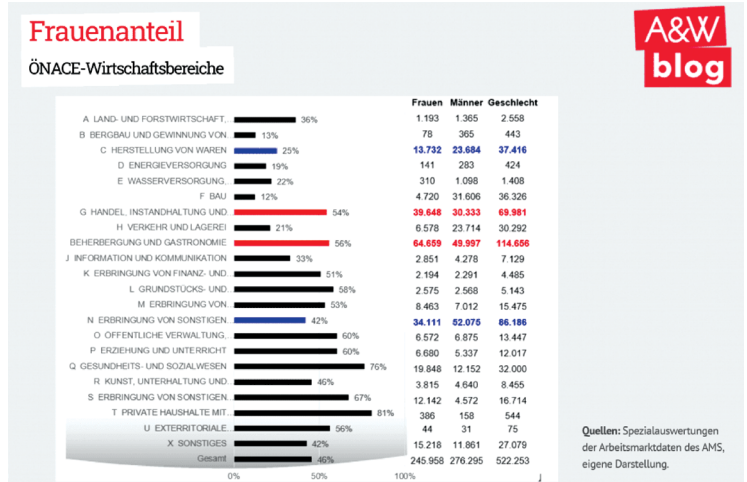


Abb. 3

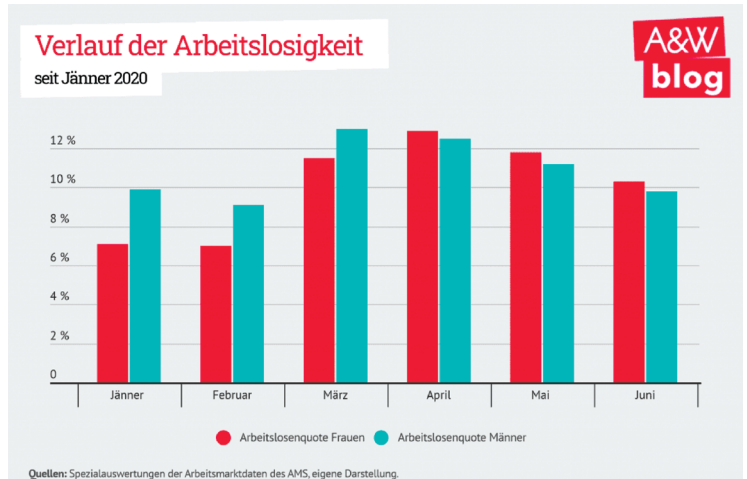


Abb. 4

Männer. Seit April ist es umgekehrt (April F: 12,9 Prozent, M: 12,5 Prozent; Mai F: 11,8 Prozent, M: 11,2 Prozent; Juni F: 10,3 Prozent, M: 9,8 Prozent). (Abb. 4)

Weiters gab es im Monat April einen eklatanten Anstieg bei der Erwerbsarbeitslosigkeit von Wiedereinsteigerinnen um 45 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Wiedereinsteigerinnen sind laut AMS-Definition Frauen, die seit Kinderbetreuungsgeld-(KBG-)Bezug keine in Summe (Volumen) über 365 Tage dauernde Beschäftigungen über der Geringfügigkeitsgrenze ausgeübt haben. Besonders drastisch war der Anstieg in den westlichen Bundesländern (Salzburg: +74,4 Prozent, Tirol: +71,2 Prozent und Vorarlberg 64,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat). Die Erwerbsarbeitslosigkeit von Arbeitnehmer_innen aller Ausbildungsniveaus steigt. Besonders auffallend ist jedoch die Tatsache, dass die Erwerbsarbeitslosigkeit bei höher qualifizierten Frauen deutlich stärker anstieg als bei Männern. (Abb. 5)

Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern wirkt sich nicht nur auf das Lebenseinkommen und die Alterssicherung aus, sondern auch auf das Arbeitslosengeld. 2019 erhielten Frauen **um 15,7 Prozent weniger Arbeitslosengeld** (29,7 Euro/Tag) als Männer (35,3 Euro/Tag). Es kann daher davon ausgegangen werden, dass Frauen, die während der Krise plötzlich arbeitslos wurden, weniger Arbeitslosengeld bekommen als Männer und daher sozial schlechter abgesichert sind.

Unvereinbarkeit von Familie und Beruf

Aufgrund des Lockdowns mussten Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen geschlossen werden. Die Mehrfachbelastung von arbeitenden Eltern – insbesondere von Frauen – wird gerade jetzt in der

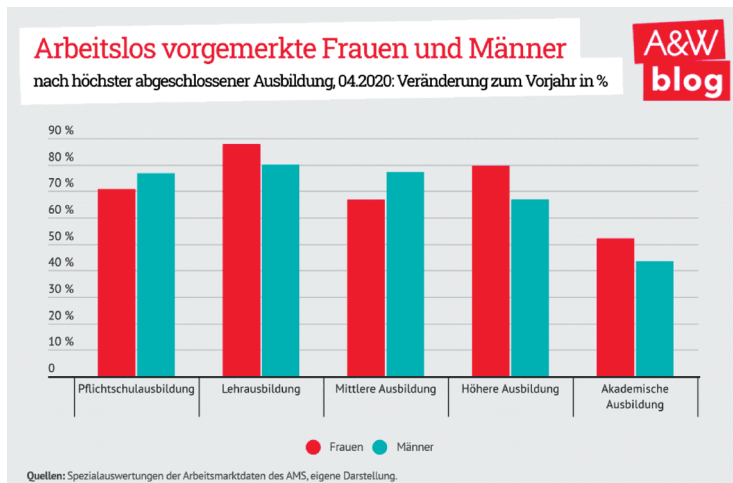


Abb. 5

Krise besonders sichtbar: Homeoffice und die Betreuung von kleinen Kindern sind ein Drahtseilakt und bringen viele an ihre Grenzen. Der Diskurs zeigt einmal mehr, dass Kinderbetreuung nicht als gesellschaftlich notwendige und systemrelevante Arbeit gesehen und anerkannt wird, sondern als etwas, das so „nebenbei“ geht.

Gerade in ländlichen Regionen stellte das Ausfallen der institutionellen Kinderbetreuung und der Kinderbetreuung durch die Großeltern eine kaum bewältigbare Herausforderung für arbeitende sowie für arbeitssuchende Eltern – insbesondere für Frauen – dar. Das schrittweise Hochfahren der Wirtschaft wurde zudem nicht überall ausreichend mit dem Hochfahren von Schulen und Betreuungseinrichtungen akkordiert.

Viele Arbeitssuchende befinden sich zudem in einer äußerst schwierigen finanziellen Situation und können sich die Kinderbetreuung daher nicht leisten. Neben der ohnehin schon stark weiblich dominierten unbezahlten Sorge- und Hausarbeit kam nun auch die unbezahlte Arbeit des Homeschoolings hinzu. Viele erwerbstätige Frauen sahen sich aufgrund der fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten dazu gezwungen, Urlaubstage zu verbrauchen, besonders dann, wenn sie in Kurzarbeit waren. Zusätzlich sahen sich Eltern aufgrund der Sommerferien mit weiteren Hürden konfrontiert. Diese Problematiken sind keine neuen Phänomene, bekommen aber angesichts des rapiden Anstiegs von Erwerbsarbeitslosigkeit eine neue Dimension. Besonders drastisch stellt sich die Situation für Alleinerzieher_innen (hauptsächlich Frauen) dar, die Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung meist allein und unter extrem prekären finanziellen Bedingungen bewältigen müssen.

FAZIT

Die COVID-19-Krise zeigt bereits vorher existente Ungleichheiten drastisch auf und verschärft diese um ein Vielfaches. Die strukturellen Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt müssen mithilfe eines feministischen Konjunkturpakets bekämpft werden:

- Die derzeitige Krise zeigt, wie gefährlich die Einsparungen im Sozialstaat sind. Um die Krise nachhaltig zu bewältigen, braucht es gezielte öffentliche Investitionen in soziale Infrastruktur – wie den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen.
- Zur Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit braucht es endlich innovative Arbeitszeitmodelle, die stärker lebensphasenorientiert sind und keine Nachteile in Bezug auf die Altersabsicherung mit sich bringen (z. B. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich).
- Die systemrelevante und gesellschaftlich notwendige Arbeit von Frauen muss in Form von höherer Entlohnung aufgewertet werden.
- Es braucht einen massiven Ausbau von leistbaren, leicht erreichbaren und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen, die länger geöffnet sind. Die Unterstützung von Alleinerzieher_innen muss endlich stärker in den Fokus der Politik gerückt werden.
- Um der steigenden Arbeitslosigkeit von Frauen entgegenzuwirken, braucht es den Ausbau von gezielter Frauenförderung: In Form von konkreten politischen Zielvorgaben zur Frauenförderung, mehr Mittel für innovative, aktive Arbeitsmarktpolitik und eine deutliche Erhöhung der Mittel für das arbeitsmarktpolitische Frauenprogramms des AMS.



Viktoria Spielmann ist AUGE/UG Kammerrätin in der AK Wien und Gemeinderatskandidatin der Grünen Wien zur Wien Wahl 2020

Zunächst erschienen auf Awblog.at

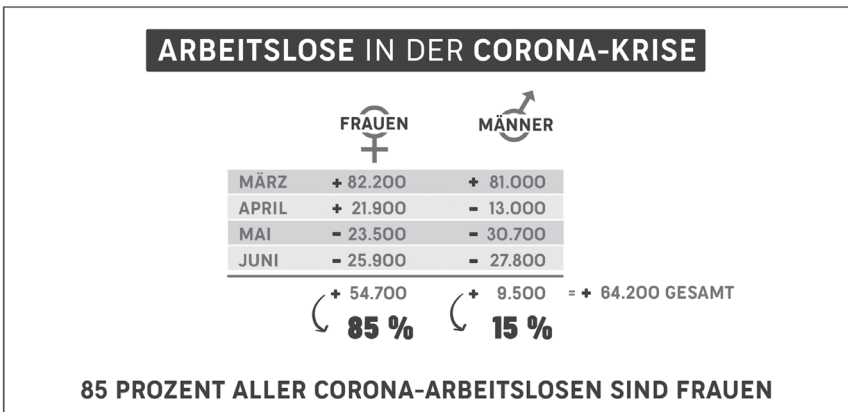


**„KOSTE ES WAS
ES WOLLE“ –
ABER RICHTIG!**

Frauen werden durch die Corona-Krise massiv aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Ein Grund dafür liegt in den frauendominierten Branchen Tourismus, Gastronomie und persönliche Dienstleistungen, die vom Lockdown sehr stark betroffen waren. Ein weiterer Grund ist in der Schließung der meisten Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen zwischen März und September zu finden. Viele Frauen übernahmen die Kinderbetreuung und Bildungsarbeit für ihre Kinder und mussten dafür die bezahlte Arbeit aufgeben. Die drei Wochen Sonderbetreuungszeit ohne Rechtsanspruch wurden von vielen Firmenleitungen von vornherein abgelehnt, weil für ein Drittel an Rückerstattung durch den Bund auch noch bürokratischer Aufwand zu leisten war.

Halbe-Halbe geht anders

In Österreich genießen viele Frauen eine sehr gute Ausbildung. Mädchen schneiden in Bildungsvergleichen oft besser ab als Burschen. Dennoch bleibt der Großteil der Frauen, die in Österreich leben, auf einem Haufen unbezahlter Arbeit sitzen. Das hängt nicht davon ab, wie gut sie ausgebildet sind – mir scheint, das hängt von Vorurteilen ab und von Regierungsmitgliedern, die uralte Bilder von Familie nicht aus dem Kopf kriegen. Seit der Familienrechtsreform von 1975 haben sich nicht nur österreichische Familien in ihrer Zusammensetzung stark verändert. Und trotzdem bleiben die Bilder gleich. Ich ärgerte mich letztes Jahr, als ich Parteiwerbung sah, in der ein Vater und sein



QUELLE: AMS/ZAHLEN GERUNDET



Kind aus einem SUV herauslächeln, oder wenn ein Kind zwischen seinen Eltern geht und die Mutter nicht ganzfügürlich im Bild bleibt, weil es um Parteiwerbung für den Familienbonus für gutverdienende Männer geht. Ein weiterer Grund sind die Erwerbspausen, die Frauen noch immer in Kauf nehmen müssen, um eine Familie gründen zu können. Nach Karenzzeiten werden Frauen oft wie unausgebildete Hilfskräfte behandelt und eingesetzt, so als hätten sie nie eine gute Ausbildung absolviert. Männliche Kollegen, die solche Vorgänge in Betrieben beobachten, überlegen für sich zehnmal, ob sie in Väterkarenz gehen, weil sie derartige Entwertungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt nicht gern selber erleben möchten.

Krisen verstärken Ungleichheiten

Das muss aber doch eigentlich nicht sein, wenn eine Regierungsspitze antritt mit dem Slogan „Koste es, was es wolle“. Vermutlich meinte diese Regierungsspitze mit der „Rettung der Wirtschaft“ doch nur die Rettung

einiger männlicher Unternehmer, die Zeit haben, sich mit Regierungsmitgliedern in Verbindung zu setzen oder mit Onlineformularen auf der WKÖ-Homepage herumzuschlagen, weil sich ihre Frauen um die Eltern, Schwiegereltern, Großeltern und Kinder kümmern.

Frauen bringen viele Kompetenzen ins Erwerbsleben mit und damit meine ich nicht nur die Frauen, die sich für Pflege oder Sozialarbeit als Beruf entscheiden. Damit meine ich Frauen, die Teams effizienter machen, die Expertise entwickeln und die ernstzunehmende wissenschaftliche Arbeit machen, oft auch in Fachgebieten, die aus historischen Gründen Männern zugeschrieben werden.

Der Regierung stehen viele Möglichkeiten offen, den Herd von den Frauen wegzubringen:

Entsprechend dem weiblichen Bevölkerungsanteil könnte eine geschlechtergerechte Aufteilung von AMS-Mitteln erfolgen. Die Anerkennung von Ausbildungen kann durch Bildungsförderungsangebote für Erwachsene aus der Abwertungszone herausgeholt werden, das hilft nicht nur Frauen, sondern auch abenteuerlustigen Männern, die aus Gründen der Selbstverwirklichung nicht ununterbrochen im Dienst stehen wollen, und selbstverständlich auch den in Österreich lebenden Menschen mit Migrationshintergrund.

Vätern eine Karenz zu verordnen oder ihnen die Arbeitszeit zu kürzen ab dem Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes wäre auch eine – wenn auch zugegebenermaßen ein wenig radikalere Möglichkeit, Männern klar zu machen, dass sie soziale Verantwortung für ihre Familie übernehmen müssen und nicht nur in der Pflicht des Geldverdienens stehen als Mensch mit Familie.

Die Kinderbetreuungseinrichtungen könnten umgestaltet werden zu Kinderbildungseinrichtungen und österreichweit flächendeckend errichtet und mit flexiblen Öffnungszeiten ausgestattet werden. Mit dem Motto „Koste es, was es wolle“ kann ein Regierungsteam, das in die Zukunft von Kindern und Bildungschancen investieren will, sogar alte und leerstehende Ortskerne

dafür reaktivieren. Ich sehe da viele Möglichkeiten – auch für ein Ende der Bodenversiegelung rund um Ortschaften und für die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen für Frauen.

Krass ausgedrückt

Wenn sich politische Parteien von einigen schlimmen Sägern lösen könnten – wie etwa dem „Die Mutter gehört zu ihren Kindern“, dann müssen Frauen nicht mehr nach der Kindererziehung die Elternbetreuung und danach die Gattenpflege unbezahlt übernehmen oder bleiben ganz und gar in der Altersarmut über, falls sich dieser Gatte schon vorher absetzt zu einer jüngeren Pflegewilligen.

Auch die Kinder, die in einer weiblich geprägten Umwelt aufwachsen, landen in der von Männern gesteuerten harten Arbeitswelt, in der selbst Topmanagerinnen nach männlichen Prinzipien führen.

Abgesehen davon, dass es sein kann, dass den Kindern, sobald sie ins arbeitsfähige Alter kommen, eine neue Konkurrenz durch falsch verstandene, beschleunigte Digitalisierung im Weg zum beruflichen Erfolg steht.

Seit März muss ich immer wieder an das Märchen denken, in dem das Kind sagt: „der hat ja gar nichts an“ – das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern. Was machen wir Frauen falsch, was machen die Medien falsch, dass ein paar Männer Steuerungsexperimente mit uns durchführen können, die uns möglicherweise noch schlimmer treffen werden als der Klimawandel? Überlegen die einen wie die anderen einmal bitte unabhängig von Existenzsorgen, dass es viele Möglichkeiten gibt, Widerstand zu leisten und einiges oder vieles ganz anders zu machen? Ich suche die, die bereit sind über Gegenbilder nachzudenken!



Beate Neunteufel-Zechner
ist Vorsitzende der UGÖD.

CORONAVIRUS-AMPEL

OFFENE FRAGEN ZU SCHULBEGINN

Schule beginnt und soll weitgehend „als normaler Regelbetrieb“ über die Bühne gehen – Heimunterricht bleibt eine Option, ausschlaggebend dafür ist die geplante Coronavirus-Ampel. Wir vermissen klare Regeln und befürchten Chaos zu Schulbeginn.

Die ÖLI-UG wünscht allen Kolleg*innen, Schüler*innen und Eltern einen guten Start ins neue Schuljahr. Wir versuchen so gut wie möglich, offene Fragen zum Coronavirus und Schulbeginn zu klären: Die Regelungen für die „Schule im Herbst“ bilden den Stand der Wissenschaft sehr gut ab. Unsere Forderungen und Empfehlungen bzgl. der Anpassungen der Hygienemaßnahmen an die Aerosolübertragungswege und eines erweiterten Schutzes für vulnerable Personengruppen, einerseits durch CoV-Stichprobentestungen und andererseits durch ein Recht auf Homeoffice, sehen wir zumindest für die Bundeslehrer*innen verwirklicht, weil sich „Zugehörige zur COVID-19-Risikogruppe“, „Lehrkräfte die mit Angehörigen einer COVID-19-Risikogruppe im Haushalt leben“ und „Lehrkräfte mit psychischer Belastung“ vom Präsenzunterricht befreien lassen können. Der Dienstgeber kommt durch diese Regelung seinen Verpflichtungen gemäß §3 B-BSG insofern nach, als es der Lehrperson nun frei steht, ihr individuelles COVID19-Erkrankungsrisiko reduzieren zu können, wenn sich die ein oder andere Maßnahme an ihrer Schule nicht umsetzen lässt. Damit verbundene Klagerisiken wegen Amtshaftung oder wegen fahrlässiger Körperverletzung im Falle einer COVID19-Infektion in der Schule werden so weitgehend reduziert. Schließlich trifft den Dienstgeber beim Bediensteten-Schutz eine Garantenstellung. Das gilt für Bundes- und Landeslehrer*innen gleichermaßen.

Wir erwarten, dass die Bundesländer diese Regelungen für die Landeslehrer*innen übernehmen. Das ÖLI-UG dominierte Vorarlberg hat dies bei Abfassung dieses Artikels bereits gemacht. Das sind gute Voraussetzungen für den Schulstart, auch wenn die Infektionszahlen wieder ansteigen. Ob dieser Anstieg für uns Lehrer*innen besorgniserregend ist, darüber soll uns schließlich die „Coronavirus-Ampel“ Auskunft geben.

Coronavirus-Ampel: Wir warten gespannt

Insgesamt wissen wir, dass großflächige Schulschließungen vermieden werden sollen, auch wenn es zu

einzelnen Schließungen kommen werde. Wie sich die Ampelschaltung konkret ausgestaltet, ist bis Redaktionsschluss noch immer nicht bekannt. Der Start der Coronavirus-Ampel ist für den 4. September angekündigt. Wir wissen aber, dass auf Basis der vier Indikatoren – Infektionsfälle in den vergangenen 7 Tagen, Anteil an Positivergebnissen bei den Tests, Clusteraufklärungen, Ressourcen im Gesundheitswesen – die Ampelschaltung für einzelne Bezirke erfolgen soll. Die Ampelfarben sollen nach transparenten, nachvollziehbaren Kriterien wechseln – klingt gut.

Eigene Coronavirus-Ampel für Schulen und eine weitere Entscheidungsebene mit Gesundheitsamt und Bildungsdirektion

Hier brauchen wir Klarheit, ab wann für die Schulen die Ampelfarben springen. Wir befürchten hier Chaos. Es werde bestimmt dazu kommen, dass beispielsweise Maßnahmen, die im Bezirk aufgrund der Ampelfarbe einzuhalten sind, in den Schulen nicht gelten. Die Regelung ist unklar, klar sind nur die schulischen Maßnahmen, die bei den Ampelfarben gelten sollen: **Steht die Ampel auf Grün**, soll es an den Schulen weitgehendst Normalbetrieb geben. Es gelte überall, Vorbereitungen zu treffen, indem etwa ein Krisenteam eingerichtet wird. **Ab Stufe Gelb** gilt durchgehend Mund-Nasen-Schutz (MNS) als Pflicht außerhalb von Klassenräumen. Im Unterricht soll es keine Maskenpflicht geben, wie Faßmann beharrlich betonte. Gesungen soll im gelben Modus in der Klasse nur mit Maske werden – oder im Freien. Sportliche Betätigung gibt es dann nur noch draußen, auf Kontaktsportarten muss verzichtet werden.

Erste Einschränkungen ab Orange

Ab **Ampelfarbe Orange**, sie bedeutet „eine deutliche Ausweitung der Infektion“, wechseln die Sekundarstufe-II-Schüler*innen in den „flexiblen“ Heimunterricht. Laut BMBWF kann die einzelne Lehrperson, „wenn sie den Eindruck hat, etwas dringend erklären zu müssen, ausnahmsweise halbe Schüler*innengruppen in die Schule beordern“. Ein genereller Schichtbetrieb wie vor dem Sommer ist aber nicht geplant. Für alle Jüngeren gibt es ab dieser Ampelfarbe keine Schulveranstaltungen mehr und Singen nur noch im Freien. Auch Lehrerkonferenzen werden dann nur noch online abgehalten.



Notbetrieb auch bei Lockdown

Steht die Ampel auf Rot und es kommt zum allgemeinen Lockdown in einem politischen Bezirk, gibt es für alle Schüler*innen ein Comeback des Heimunterrichts. Ein Notbetrieb soll an den Pflichtschulen gewährleistet bleiben.

Die wichtigste Präventionsmaßnahme ist richtiges Lüften, und zwar alle 15 Minuten

Insgesamt sollen im Schulbetrieb vor allem die Kontakte innerhalb der Klasse dominieren, um die möglichen Verbreitungswege in engeren Grenzen zu halten. Das hat konkrete Auswirkungen, beispielsweise bei der Pausengestaltung und den Schulbeginn- und -Schlusszeiten. Neben dem Einhalten der Empfehlungen zum Händewaschen, zur Husten-Hygiene sowie zum Abstandhalten soll auch während des Unterrichts im 15-Minuten-Takt gelüftet werden. Man folge hier den Ratschlägen von Expert*innen um die Aerosollast in der Raumluft zu reduzieren.

Zeigt ein Kind Symptome eines COVID19-Infekts, für den es keine andere einleuchtende Ursache gibt, gilt es zu Hause zu bleiben. Bei einem Verdachtsfall in der Klasse wird es abgesondert und die Gesundheitsbehörden informiert. Diese entscheidet dann, ob die Abklärung an Ort und Stelle erfolgt und über Testungen von Kontaktpersonen.

Maskenpflicht ja oder nein?

Wir sind der Meinung, dass die Lehrperson unter Berufung auf Art. 3 GRC das Recht hat, bei einer anderen als Ampelfarbe Grün die Schüler*innen aufzufordern, in ihrem Unterricht Masken zu tragen. Wir betonen, dass ein MNS dabei hilft die Aerosolentstehung zu reduzieren, ein Klarsichtvisier hilft nicht.

<https://science.orf.at/stories/3201297/>.

Das ganze Konzept „Schule im Herbst“ kann man nachlesen unter:

<https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/beratung/corona/schuleimherbst.html>

Alle Maßnahmen zu den Ampelfarben sind abrufbar unter:

<https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/beratung/corona/coronaampel.html>



Hannes Grünbichler ist BMHS (Berufsbildende mittlere und höhere Schulen)-Lehrer, Mitglied der BMHS-Landesleitung Steiermark und der UGÖD-Beundesleitung

PFLEGEREFORM? JA, ABER BITTE GRÜNDLICH.

Endlich ist von einer umfassenden Pflegereform die Rede, aber auch von einer drohenden Pflegekrise. Nun, Pflege steckt vielerorts schon lange in der Krise, gehört dringend verbessert. Einige wichtige Eckpunkte:

Personalberechnung Bundesweit existiert ein Flickwerk, sowohl an Personaldichte wie auch an Qualitätsstandards. Oftmals wird das billigste Personal herangezogen, also die mit geringerer Ausbildung. Das überfordert diese Beschäftigten, und bringt nicht die adäquate Unterstützung zu den Menschen. Und, auch bei guter Ausbildung, sind die Personaldecken zumeist zu dünn. Zu wenige Menschen versorgen zu viele Pflegebedürftige. Dadurch entsteht eine unerträgliche Arbeitssituation. Es bräuchte eine bundesweit geregelte Personalbedarfsberechnung, die sich, sowohl qualitativ wie auch quantitativ, danach berechnet, was Menschen mit Pflegebedarf wirklich benötigen, aber auch endlich einmal danach, was Beschäftigte brauchen, um ihren Beruf ausüben zu können!

Zeit Wir haben es in der Pflege mit Menschen zu tun. Nicht mit Werkstücken und Fließbändern. Ein wesentlicher Teil ist die Würde eines Menschen, sowohl des Pflegenden wie auch der Pflege Empfangenden. Die Zeit für Menschen wird zu knapp berechnet. Es reicht nicht, wenn die Zeit so getaktet ist, dass nur "warm, satt, sauber" das Ziel sein kann. Das wird vielfach nicht beachtet und macht die Pflege für beide Seiten unerträglich.

Gehalt Es existieren eine Vielzahl von Gehaltsschemata, Kollektivverträgen, Firmenkonstrukten, Holdings, usw., mit unterschiedlichsten Bezahlungen. Fakt ist, wir haben es mit Schwerstarbeit zu tun, sowohl psychisch wie physisch. Und eines steht fest: die Bezahlung ist schlecht. Wir brauchen eine finanzielle Aufwertung der Tätigkeit. Viele verdienen immer noch weit unter dem Durchschnittslohn der unselbständigen Beschäftigten. Auch die Gewerkschaft hat diese Unterbezahlung („als typische Frauenbranche“) teilweise mit zu verantworten.

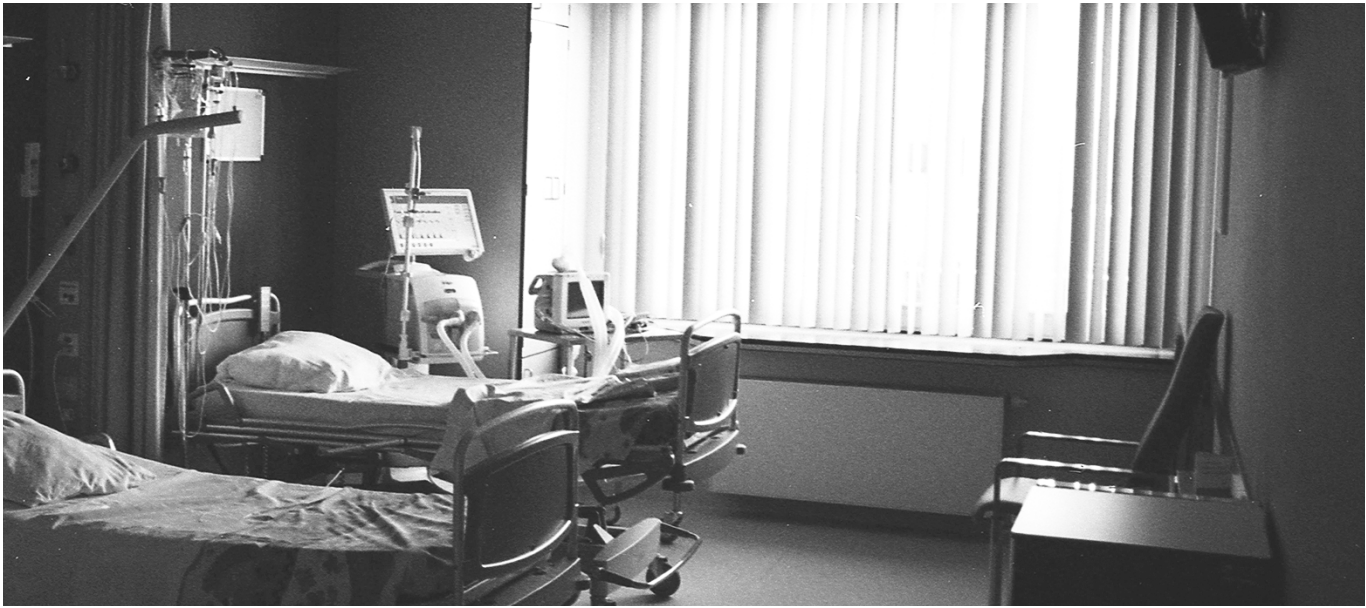


Foto Daan Stevens

Diese Armut und Armutsgefährdung belastet zusätzlich zu einem belastenden Beruf. Die Beschäftigten haben sich schon lange Besseres und mehr verdient. Einkommen in der Pflege gehören grundlegend verbessert.

Pflegelehre Pflege ist eine hochwertige und belastende Tätigkeit, die Reife voraussetzt und hohe Anforderungen an die Beschäftigten stellt. Es gibt genug Bildungswege und Zugangsmöglichkeiten, bzw. hat es gegeben. Wir brauchen eine Wiederaufnahme des nichtakademischen Zugangs zur hochwertigen Pflege. Es hatte sich bewährt; die Diplomierten Krankenpflegepersonen haben jahrzehntelang sehr gut die Pflege getragen. Was wir nicht brauchen, ist ein billiges Ausbildungsangebot, das uns schlecht ausgebildete und dann auch möglichst billige Beschäftigte in die Pflege nachliefert. Pflege ist kein typischer Lehrberuf und kann es auch in Zukunft nicht sein. Eine andere Variante der Ausbildung als Schlüssel zur Lösung des Pflegenotstandes zu sehen ist falsch. Dass, als ein Beispiel unter vielen, in der mobilen Pflege pro Jahr zwischen 12 und 33 Prozent der Mitarbeiter*innen wieder aufhören, liegt an höchst belastenden Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung. Veränderungen daran können den größten Teil des Personalmangels lösen.

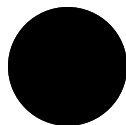
Kompetenzen Es arbeiten in der Pflege eine Vielzahl unterschiedlicher Berufsgruppen miteinander. Die Kompetenzen sind dabei ungenügend und auch gefährlich geregelt. Wenn man für Pflegeprodukte die Genehmigung eines Arztes benötigt, ist da wohl etwas falsch. Wenn eine Pflegeassistenz mit einjähriger Ausbildung Tätigkeiten erfüllen muss (!), die früher hochwertiger Pflege oder sogar Ärzt*innen vorbehalten war, dann ist auch hier etwas falsch. Beides ist eigentlich absurd.

24h Betreuung Dieses Modell basiert auf Ausbeutung, welche von oftmals windigen Agenturen zusätzlich verschärft wird. Es bedarf eines grundsätzlich anderen Modells der Betreuung und Pflege. Es gibt, sowohl für Betreute wie auch Betreuer*innen bessere Formen, nur noch nicht bei uns. Das zu ändern, bedarf zuerst einmal des Aufbaus anderer Strukturen. Und, bis dahin, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Und die bitte rasch. Weg mit der Scheinselbständigkeit! Es braucht ebenfalls rasch eine soziale Absicherung der Betreuer*innen und eine Abkehr von windigen Agenturen.

Dies sind nur ein paar Eckpunkte, mit keinem Anspruch auf Vollständigkeit. Wir begrüßen das Herangehen des Sozialministers, mit allen Beteiligten in einen Dialog zu treten und sind bemüht, ein Teil des Reformprozesses zu sein und uns einzubringen.

Wir, die derzeitigen Mitglieder der UG Arbeitsgruppe Gesundheit, Pflege und Soziales haben diese UG-Säulen-Übergreifende Arbeitsgruppe gegründet, um mit Fachwissen, Expertise und unserem Praxisbezug UG-Positionen zu den einzelnen Themen heraus zuarbeiten.

Klares Ziel der Gruppe ist auch, unsere Standpunkte und Forderungen in den politischen Diskurs einzubringen.



AnsprechpartnerInnen und KoordinatorInnen für alle UG-Säulen sind Christine Petioky, christine.petioky@fsw.at und Christian Husch, christian.husch@tmo.at
Wenn ihr Euch einbringen wollt, freuen wir uns über weiteren Input und Mitarbeit.



WAHLEN IN WIEN – ABER NICHT FÜR ALLE!

In Wien fällt ein demokratiepolitisches Problem Österreichs ganz besonders auf, rund 30% sind ganz oder teilweise von der Wahl ausgeschlossen.

Wenn am 11. Oktober in Wien der Gemeinderat gewählt wird, können viele Wiener_innen ihre Stimme nicht abgeben, obwohl sie das richtige Alter dafür haben. Fast ein Drittel der Wiener Bevölkerung kann nicht mitbestimmen. Sie sind ausgeschlossen, weil sie die falsche Staatsbürgerschaft besitzen, ungeachtet dessen, wie lange sie hier schon leben. Sie können damit z.B. die Wohnungspolitik, Fragen der Bildung, des öffentlichen Verkehrs, des öffentlichen Raumes nicht beeinflussen. Parlamente, Landtage oder Gemeinderäte sind Orte der Repräsentation. Grundsätzlich sollen sie die Zusammensetzung der Bevölkerung in ihren politischen Mehrheitsverhältnisse repräsentieren, tun es aber nur bedingt. Das spiegelt sich naturgemäß auch in der Politik wieder. Denn wer nicht wählen kann, ist auch keine Zielgruppe einer Wahl. So passiert es, dass Menschen, die seit Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt hier haben, nur sehr unzureichend auf parlamentarischer Ebene vertreten sind.

Dass sie nicht Zielgruppe einer Wahl sind, stimmt auch nur bedingt, nämlich insofern, als sie nicht als Stimmgeber_innen angesprochen werden. Gleichzeitig werden sie in den letzten Jahren – und das immer vehementer – im Wahlkampf diffamiert. Sie können sich dagegen nicht wehren, in dem sie eine solche Politik abwählen. In Wien, wo drei Parteien um das rechte Lager kämpfen, ist das im Moment besonders schlimm.

Aber was sagt dieser Wahlausschluss über unsere Demokratie aus?

Im Endeffekt haben wir damit ein Legitimationsproblem. Wir unterwerfen Menschen Gesetzen, die sie über Jahrzehnte nicht mitbestimmen können. Ohne ihre Stimme werden sie nur bedingt gehört und wenn überhaupt wird über sie und nicht mit ihnen gesprochen. In Wien trifft das auch auf sehr viele junge Leute zu, die so das Interesse an Politik und an Mitbestimmung verlieren

könnten. Damit müssen ihre Anliegen auch nicht auf die politische Agenda. Viele von ihnen sind in Wien geboren oder leben schon die längste Zeit ihres Lebens hier, sie identifizieren sich mit ihrer Stadt und bleiben doch Wiener_innen zweiter Klasse ohne Stimme.

Die einfachste Antwort auf diese Herausforderung, die immer wieder lapidar entgegen geworfen wird, ist die Annahme der österreichischen Staatsbürgerschaft. Oft hören wir in dieser Frage: „Sollen sie halt Österreicher_innen werden, wenn sie schon hier leben.“ Aber so einfach ist das nicht. Österreich baut eine Menge Hürden für das Erlangen der Staatsbürgerschaft auf, die für manche einfach unüberwindlich sind. Zum einen gibt es sehr lange Wartezeiten. Um überhaupt einen Antrag stellen zu können, müssen sechs bis zehn Jahre im Land verbracht worden sein, wohlgemerkt mit legalen Aufenthaltstitel. Darüber hinaus muss die vorherige Staatsbürgerschaft aufgegeben werden, was für manche Menschen schwierig ist, da es sich anfühlt, als würden sie damit eine Verbindung zu ihrer Vergangenheit, ihrer Familie oder auch nur zu ihrer Region kappen. Am schwersten wiegt aber vermutlich die hohe Einkommenshürde für die Staatsbürgerschaft.

Einbürgerung nur mit hohen finanziellen Hürden möglich

Nicht nur das Verfahren zur Einbürgerung ist kostspielig. Das nachzuweisende Einkommen muss dauerhaft sein und einer Höhe entsprechen, die viele von vornherein ausschließt. SOS Mitmensch hat nachgewiesen, dass in 800 Branchen der Verdienst bei Vollzeitbeschäftigung nicht ausreichen würde. Es werden nämlich nicht nur der Nettoverdienst betrachtet, sondern zusätzlich die Mietkosten sowie Aufwandspauschalen für Kinder. Da sind 2000 Euro netto und mehr schnell erreicht, was deutlich über dem durchschnittlichen Einkommen von Arbeiter_innen liegt, Teilzeitkräfte sind gleich ausge-

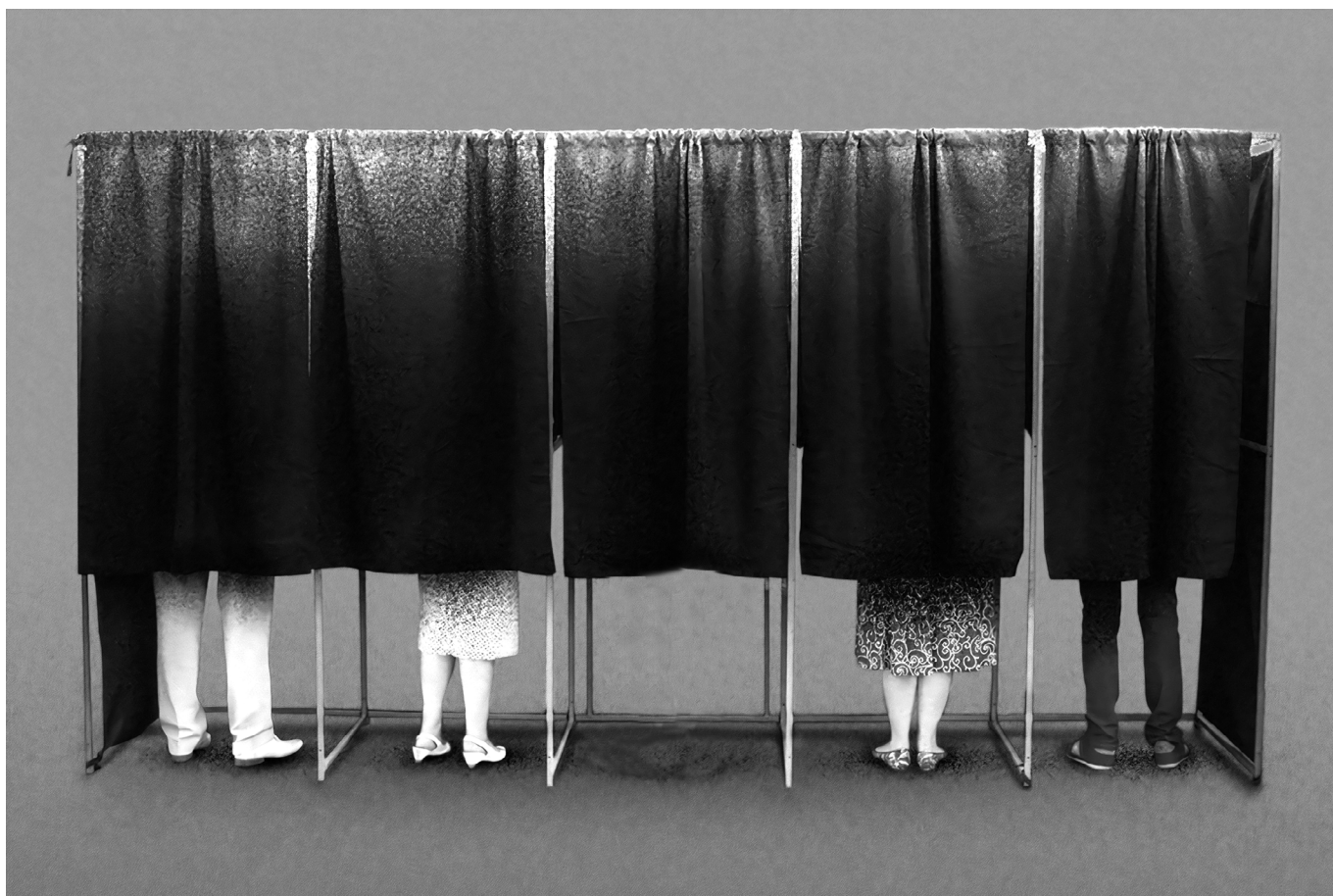


Illustration Morning Brew_ unsplash.com

geschlossen. Diese Einkommenshürde gilt unabhängig von der Dauer des Aufenthalts in Österreich, trifft somit auch Kinder und Jugendliche, die hier geboren sind und deren Eltern keine österreichische Staatsbürgerschaft haben. Damit wird demokratische Mitbestimmung zur Einkommensfrage und für viele unerreichbar.

Grundsätzlich wäre es natürlich möglich ganz andere Wege zu gehen und das Wahlrecht an die Aufenthaltsdauer zu binden. Aus demokratiepolitischer Sicht ist das durchaus logisch. Für EU-Bürger_innen auf kommunaler Ebene ja auch möglich. Eine andere Möglichkeit ist den Zugang zur Staatsbürgerschaft zu erleichtern. Schon lange fordert die UG eine Abkehr von der Staatsbürgerschaft nach Abstammung. Mit der Einführung des „ius soli“, also dem Geburtsortprinzip in Bezug auf die Staatsbürgerschaft wären viele Fragen leichter zu klären, zumindest für jene, die hier geboren werden. Leider ist damit in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, ist das Staatsbürgerschaftsrecht in Österreich eines der restriktivsten.

Was wäre sinnvoll?

Unabhängig von dringend notwendigen Erleichterungen beim Zugang zur Staatsbürgerschaft, sollte das Wahlrecht nach fünfjährigem Aufenthalt allen mit ihrem

Lebensmittelpunkt in Österreich zugestanden werden. Damit werden Herausforderungen gesehen und nicht nur aus einem Blickwinkel betrachtet. Das Ausspielen verschiedener Bevölkerungsgruppen wird erschwert. Damit wäre ein großer Schritt in die vielbeschworene Integration gesetzt. Menschen, die hier leben, hier arbeiten, ihre Familien haben, würden sich endlich als Teil der Bevölkerung anerkannt sehen können und nicht als Ausgegrenzte voller Einschränkungen. Die Welt ist mobiler geworden, viele Menschen leben nicht dort, wo sie geboren wurden. Dieser Trend wird sich auch nicht wieder umkehren.

Damit wäre die bestehende Legitimationskrise der Demokratie entschärft. Der politische Diskurs würde bunter, alle könnten über die Fragen ihrer unmittelbaren Lebensumstände mitentscheiden. Und nicht zuletzt wäre endlich ein Keil in die rassistische und hetzerische Politik der Ausgrenzung getrieben.

Weiterführende Informationen dazu:
www.sos-mitmensch.at



Beate Beranek ist Sozialwissenschaftlerin und lebt in Wien.

DIE WAHLREDE DIE I

LIEBE WIENER UND
WIENERINNEN, AUSGE-
NOMMEN AUSLÄNDER
DIE HIER WOHNEN, ARBEITEN,
STEUERN ZAHLEN UND TROTZ-
DEM NICHT WÄHLEN DÜRFEN



ICH WEISS,
ES UNTER
NICHT WEN
VOLLKOFF



DIE VERSCHWÖRUNGS-
THEORETIKERINNEN
UND THEORETIKER
ALLER SCHÄTTIERUNGEN



DIE CORONA
DIE MASKE
DIE IMPF
DIE ALTER
FAKTEN-
DIE STRACH



ICH GERN HÖREN WÜRDEN, ABER NIE HÖREN WERDEN

DASS
EUCH
IGE
ER GIBT

UND
VOLLKOFFER-
INNEN!

DIE DEPPATEN
REICHSBÜRGER
UND BÜRGERINNEN
MIT IHREN KRAUSEN
IDEEN

A LEUGNER,
NVERWEIGERER,
GEGNERINNEN,
NATIVEN-
TROTTEL,
HE FANS

UND ALLE SIND SIE
WAHLBERECHTIGT!

WENN IHR NICHT
ZU DENEN GEHÖRT, WÄHLT
BITTE MICH

„KLIMA-CORONA-DEAL“

AN KLIMASCHUTZ-MINISTERIN GEWESSLER ÜBERGEBEN

Mit einer großen Medienaktion „Roter Teppich für den Klima-Corona-Deal“ haben die Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen vier Forderungen für ein stabiles Sozial- und Ökosystem an Klimaschutz-Ministerin Leonore Gewessler übergeben.

Ein breites Bündnis von 183 Organisationen und 577 WissenschaftlerInnen beobachtet die bisherige Krisenpolitik aus klimapolitischer Sicht mit großer Sorge. Mit dem Klima-Corona-Deal fordern sie den substantiellen und klimagerechten Umbau unseres Wirtschaftssystems. Die Regierung muss dem Schutz unserer Lebensgrundlagen endlich den roten Teppich ausrollen. Jetzt ist es an der Zeit Geld in die Hand zu nehmen für echte klimafreundliche Arbeitsplätze. Zudem braucht es Investitionen in Pflege, Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung, um langfristig gute und krisensichere Jobs zu schaffen.

Klimafreundliche Arbeitsplätze und Investitionen in Pflege, Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung sind notwendig für krisensichere Jobs

Der Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft stellt eine tiefgreifende Veränderung dar. Die AUGE/UG hat daher das Konzept „Just Transition“ („Gerechter Wandel“) in den Klima-Corona-Deal miteingebracht, und Umwelt, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik miteinander verknüpft um den Übergangprozess zur grünen Wirtschaft und „Green Jobs“ sozial verträglich zu gestalten. Durch die kluge Verteilung der Rettungsgelder, Beschäftigungsinitiativen, Aus- und Weiterbildung, Umqualifizierung und Arbeitszeitverkürzung kann die Regierung jetzt tausende neue und langfristig sichere klimafreundliche Arbeitsplätze schaffen. Dadurch werden alle Menschen dabei unterstützt, Schritte zu einem guten Leben für alle zu setzen und den existenzbedrohenden Klimakollaps abzuwenden.

Zur Übergabe der Forderungen des Klima-Corona-Deals ist nur Klimaschutz-Ministerin Gewessler erschienen. Es ist bezeichnend, dass sich die eingeladenen ÖVP-MinisterInnen keine Zeit für die Forderungen der Zivilgesellschaft nehmen. Die Vergabekriterien zu den Corona-Finanzhilfen müssen transparent gestaltet werden und dem 1,5 Grad Ziel entsprechen. Nur wenn wir uns auf allen Ebenen sozial und klimagerecht ausrichten, sind wir langfristig krisensicher. Die Bevölkerung hat ein Recht darauf in diese wichtigen Entscheidungsprozesse miteinbezogen zu werden.

► Unter den 578 unterstützenden WissenschaftlerInnen sind unter anderem Renate Christ, ehem. Leiterin des Sekretariats des „Weltklimarat“ (IPCC), die Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb, die Ökonomin Sigrid Stagl, der Mediziner Hans Peter Hutter oder der Politologe Ulrich Brand.

► Unter den 184 unterstützenden Organisationen sind unter anderem Attac, AUGE/UG – Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen, GLOBAL 2000, Greenpeace, die Fridays for Future, Extinction Rebellion, System Change – not Climate Change! und der WWF Österreich.



Karin Stanger ist
AUGE/UG Bundesvorständin

&



Klaudia Paiha ist
Bundessprecherin der AUGE/UG



Fotos von der Aktion unter
<https://www.flickr.com/photos/attac-austria/>

Die österreichische Regierung steht vor der historischen Gelegenheit, die staatlichen Rettungsgelder intelligent und klimagerecht zu investieren. Die Covid-19-Pandemie hat der Welt gezeigt, wie schnell und entschlossen wir als Gesellschaft handeln können, um eine Katastrophe abzuwenden. Daraus müssen jetzt die richtigen Lehren gezogen werden, um die weltweite Klima- und Naturzerstörung einzudämmen.

Wir müssen uns auf allen Ebenen klimagerecht und naturverträglich ausrichten, um langfristig krisensicher zu sein. Die Regierung soll sich mit aller Kraft für einen ambitionierten, solidarischen, wirksamen und finanzstarken Green Deal der EU einsetzen. Nur wenn alle Konjunkturprogramme gut ineinandergreifen, können wir die Corona-Krise bewältigen und zugleich die Weichen stellen, um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden.

In diesem Moment hängt alles davon ab, wohin die Gelder fließen. Um aus der derzeitigen Krise das Bestmögliche zu machen, müssen die Gelder in den naturverträglichen Ausbau sauberer, erneuerbarer Energien, in effiziente Energieverwendung bei Gebäuden und in der Industrie, in öffentliche Verkehrsmittel und in nachhaltige Landwirtschaft investiert werden. Berufsfelder, die sich durch einen geringen CO₂-Ausstoß auszeichnen, wie Pflege, Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung sollten deutlich ausgebaut werden, die Entwicklung hin zu einer regionalen und kohlenstoffarmen Wirtschaft soll gefördert werden. Jetzt ist die Zeit, um die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft voranzutreiben.

Deshalb fordern wir einen Klima-Corona-Deal für Österreich: **Damit unser Sozialsystem und unser Ökosystem stabil bleiben!**

1. Die Zukunft der Menschen sichern

Die österreichische Regierung soll alle Menschen, deren Arbeitsplätze durch die Corona-Krise bedroht oder verloren gegangen sind, existenziell absichern. Sie soll Mittel für Begleitmaßnahmen zur Umqualifizierung, Re-Qualifizierung, Weiterbildungsmaßnahmen sowie Beschäftigungsinitiativen für Arbeitnehmer*innen bereitstellen. Durch die kluge Verteilung der Rettungsgelder kann die Regierung jetzt tausende neue und langfristig sichere klimafreundliche Arbeitsplätze schaffen. Dadurch werden alle Menschen dabei unterstützt, Schritte zu einem guten Leben für alle zu setzen und den existenzbedrohenden Klimakollaps abzuwenden.

2. Umbau statt Wiederaufbau - Staatshilfen an Erreichung des 1,5 Grad Ziels knüpfen

Gelder aus den jetzigen Hilfs- und Konjunkturpaketen des österreichischen Staates sollen den Strukturwandel zur Erreichung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens vorantreiben. Auch weitere mögliche Konjunkturpakete nach der Krise müssen diesen Vorgaben folgen. Wir fordern Bedingungen für die staatliche Unterstützung, die so ausgestaltet sind, dass sie sich am Pariser Abkommen, den Biodiversitätszielen und den Sustainable Development Goals orientieren. Subventionen für fossile Energieträger sollen gestrichen und stattdessen klimagerecht investiert werden. Unternehmen sollen verpflichtet werden, gemeinsam mit den Belegschaften Dekarbonisierungs-Roadmaps zu erstellen. Kein Geld für Öl, Kohle, Gas und Unternehmen, die die sozial-ökologische Transformation blockieren.

3. Die Krise demokratisch bewältigen

Die Zivilgesellschaft und alle Sozialpartner müssen an den Verhandlungen um die Verteilung der staatlichen Finanzhilfen beteiligt werden. Vergabekriterien müssen transparent gestaltet werden und dem 1,5 Grad Ziel entsprechen. Die Bevölkerung muss durch Bürger*innenversammlungen und ähnliche partizipative Formate permanent in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Eine lebenswerte und klimagerechte Zukunft braucht eine umfassende Demokratisierung; nur so kann die Krise auch im weiteren Verlauf gerecht bewältigt werden.

4. Globale Klimagerechtigkeit

Menschen im globalen Süden sind schon heute viel stärker von der Klimakrise betroffen. Die Regierung muss sich auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die Schulden der ärmsten Staaten gestrichen werden, dass statt Krediten Transferzahlungen geleistet werden und Österreich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung leistet. Auch in der Gestaltung der Handels- und Investitionspolitik muss sich die Regierung für die Einhaltung von Menschen- und Arbeitnehmer*innenrechten sowie für Umweltstandards stark machen.

Mit Stand 14.7.2020 haben 183 Organisationen, Initiativen und Gruppen sowie 577 Wissenschaftler*innen den Klima-Corona-Deal unterzeichnet, gemeinsam setzen wir uns für einen klimagerechten Gesellschaftsvertrag in Österreich ein!

Alle unterstützenden Organisationen und Wissenschaftler*innen finden Sie hier:
<https://bit.ly/klima-corona-deal>

EINE ANDERE WIRTSCHAFT IST MÖGLICH

Vielleicht war es nie deutlicher als derzeit. Die kapitalistische Wachstumspolitik bringt uns nicht weiter. Ganz offensichtlich wird nun, dass jene Gesellschaften besser durch die Pandemie kommen, die gut ausgebaute Gesundheits- und Sozialsysteme haben. In anderen Ländern, egal ob Europa oder auf anderen Kontinenten sind wesentlich mehr Infektionen und in der Folge auch Todesfälle zu beklagen.

Es könnte die Zeit der radikalen Umkehr sein. Der Weg der Profitmaximierung, aber auch der des stetigen Wachstums und der Produktionssteigerung zum Erhalt von Arbeitsplätzen ist in der aktuellen Situation nicht zielführend. Sei es, dass die Klimakrise einen dringenden Systemwechsel erfordert oder dass der Lockdown gezeigt hat, wie anfällig unsere Märkte sind und damit unsere Arbeitswelt ist. Wir haben keine Konzepte derzeit, außer die Überforderung einiger durch Doppelbelastung in Homeoffice und Homeschooling und die Existenznot anderer durch geschlossene Dienstleistungseinrichtungen und Produktionsstätten. Seit Langem ist Vielen klar, dass das Wirtschaftswachstum Teil des Problems ist.

Innerhalb des Systems Wachstumskapitalismus gelingt es nicht, Wohlstand für alle auszubauen und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch zu senken. Der Umstieg auf individuelle E-Mobilität mag zwar das Gewissen beruhigen und die CO²-Emissionen ein wenig reduzieren, verbraucht aber dabei andere Ressourcen unnötigerweise. Der Versuch einzelner Konsument_innen, bewusster und sparsamer zu leben ist gut und wichtig. Hat aber zu geringe Aus- und eine Reihe von Nebenwirkungen. So wird z.B. gesundes Essen, faire Kleidung und nachhaltiger Konsum eine Angelegenheit der gut abgesicherten weißen Mittelschicht, weil sich andere Menschen ein solches Verhalten nicht leisten können, es ist einfach zu teuer.

Der Ausstieg aus fossiler Energie ist unbestritten ein wichtiger Schritt, um die Welt zu retten. Aber ohne Alternative für Menschen, die davon abhängig sind, ob nun in Form ihres Arbeitsplatzes oder der



Foto Remy Gieling

Energieversorgung, wird sich hier nicht genug tun können. Viele haben nicht die Möglichkeit, sich ihre Heizsysteme auszusuchen, Niedrigenergiehäuser zu bauen und neue Energiekonzepte für sich umzusetzen. Sei es, weil sie in Mietwohnungen wohnen oder ihnen die finanziellen Mittel dazu fehlen. Die Marktmacht der einzelnen Konsument_innen ist hier nicht groß genug, wenn sie überhaupt etwas mitzureden haben.

Menschen sind abhängig von einem existenzsichernden Einkommen. Sie brauchen ihre Arbeitsplätze und verdienen auch bei Vollzeitbeschäftigung oft zu wenig, um gut über die Runden zu kommen. Ihre Spielräume für eine individuelle Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit sind gering, bis gar nicht vorhanden. Die Ressourcen für ein ökologisches Leben mit ihrer ökonomischen Sicherheit nicht unbedingt vereinbar. Sie sind Teil des wachstumsorientierten und profitmaximierenden Systems, von dem sie im Endeffekt nicht wirklich profitieren.

Alternative Konzepte und Indikatoren sind gefragt

Für einen nachhaltigen Wandel müssen nicht nur alternative Konzepte, sondern in einem ersten Schritt neue Indikatoren her, um die einseitige Sichtweise aufzudecken. Sozusagen eine Kostenwahrheit. Genauso, wie es die Forderung danach gibt, dass ökologische Kosten eingepreist werden müssen, sollte dies auch für soziale und gesellschaftliche Kosten der Fall sein. Dann wird sehr schnell klar, dass das bestehende System Reichtum für Wenige auf Kosten des gesellschaftlichen Reichtums produziert.

Auch wenn diese Ansätze nicht neu sind, ist es vielleicht sinnvoll sie immer wieder in Erinnerung zu rufen. Schon die Forderung der zweiten Frauenbewegung nach bezahlter Hausarbeit zielte in die gleiche Richtung. Denn würden wir messen, wie viel unbezahlte und zumeist weibliche Arbeit zur Aufrechterhaltung unserer Produktionsweise nötig ist, wäre die Erfolgsgeschichte wohl eine andere. Auch zu messen wäre natürlich, wie viel schlecht bezahlte und prekäre Arbeit von (migrantischen) Frauen die Voraussetzung dafür ist, dass andere Frauen am Arbeitsmarkt partizipieren können. Das führt zu einer Neubewertung von Arbeit und in der Folge hoffentlich zur Umverteilung. Denn, was nicht zu sehen ist, lässt sich leicht aus der Wahrnehmung verdrängen und spielt dann in der Verteilungsdebatte keine Rolle. Weitere Indikatoren sind in diesem Zusammenhang natürlich der ökologische Ressourcenverbrauch, aber unter Umständen auch die Sinnhaftigkeit von Produkten, ihre Nachhaltigkeit oder Lebensdauer. Auch einzubeziehen sind Produktionsweisen und die Herstellung von Komponenten, die auf Ausbeutung basieren.

Damit kommen wir bei dem alternativen Konzept der Sozialverträglichkeit als Hauptindikator an. Das bedeutet, dass alle Vorhaben im Vorfeld auf ihre Sozial- und Umweltverträglichkeit als Gesamtes überprüft werden müssten. Gemessen werden die Auswirkungen auf die Gesellschaft und nicht der Profit. Schnell wird dann deutlich, dass E-Mobilität auch eine Kehrseite hat, z.B.

die ungelöste Frage der Batterieherstellung, die unter anderem seltene Erden benötigt, die unter extremen Ausbeutungsverhältnissen gewonnen werden. Oder die Entsorgung alter Batterien, die genauso ungelöst ist, wie die Frage des Atommülls. Das Ergebnis wäre wohl die Erkenntnis, dass die Individual-Mobilität zu Gunsten des öffentlichen Verkehrs eingeschränkt werden müsste. Der soziale Aspekt dabei ist, dass der öffentliche Verkehr allen in gleichem Ausmaß und zu den gleichen leistbaren Kosten zu Verfügung stehen muss.

Wird Erwerbsarbeit einer gesellschaftlichen Sozialverträglichkeitsprüfung unterzogen, liegt nicht nur eine generelle Arbeitszeitverkürzung, sondern darüber hinaus auch Fragen der Lohn- und Einkommensunterschiede, der Organisation von Arbeit und ihrer Sinnhaftigkeit unter dem Betrachtungsschirm. Gesellschaftliche Arbeitsteilung zur Herstellung benötigter Produkte und Dienstleistungen, die für alle, die sie brauchen, zugänglich sind, ist dann die Prämisse. Verbunden mit einer Entlohnung, die ausgeglichen ist und für alle ein gutes Leben ermöglicht. Eine Einführung von Mindest- und Höchstlöhnen, die nicht stark auseinanderklaffen, würde hier viel Spielraum ermöglichen, nachhaltige Veränderungen für den gesellschaftlichen Wohlstand voranzutreiben.

Manche mögen vielleicht einwenden, jetzt wäre nicht die Zeit dafür, denn nun müssten wir uns alle anstrengen erstmal aus dieser Pandemie-Krise zu kommen. Aber dieser Gedanken ist nicht nur falsch, sondern bringt nicht weiter. Es wird immer Gründe geben, warum jetzt nicht die Zeit für radikales Umdenken ist. Und sicherlich geht das alles nicht von heute auf morgen. Erste wichtige Schritte liegen in neuen Zielformulierungen. Ohne einen Anfang gibt es keine Entwicklung.



Beate Beranek ist Sozialwissenschaftlerin und lebt in Wien.

REICHSFLAGGEN AM REICHSTAG

Große Betroffenheit herrschte in Deutschland, als im Rahmen einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen Rechtsextreme mit Reichsflaggen die Stufen des Reichstags in Berlin stürmten. Und das ist verständlich, die Bilder bringen Unbehagen. Seitdem wird viel berichtet über Rechtsextreme und in einem Atemzug damit über Reichsbürger, die in den letzten Jahren zunehmend von einem skurrilen Haufen zu einer organisierten Gruppe geworden sind. Die seltsame Melange, die „gegen Corona“ auf die Straße geht, ist nicht so leicht zu überblicken. Von politisch stramm organisiert bis hin zur diffusen Verunsicherung über etwas, das nicht sichtbar ist, wie dieses Virus.

Querdenken 711, Reichsbürger, Rechtsextreme

Es ist sinnvoll sich die Gruppierungen getrennt voneinander anzuschauen. Da sind einmal die Querdenker 711. Gegründet von einem Stuttgarter IT-Unternehmer Ballweg geht es ihnen vordergründig um die Ablehnung der Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Corona. Dabei geben sie sich viel Mühe als Demokraten zu erscheinen, berufen sich aufs Grundgesetz und stehen nach eigenen Angaben für Freiheit und Eigenverantwortung. Was harmlos klingt, ist es nicht so ganz. Die Beobachtung von Medienauftritten und die Auswahl der Mitstreiter_innen macht deutlich, dass es hier um mehr geht. Ganz offen werden erstmal als langfristiges Ziel Neuwahlen gefordert. Darüber hinaus werden Verschwörungstheorien verbreitet, immer stärker wird die anfängliche Ablehnung des Lockdowns zur antisemitischen Stereotypisierung und zu offenen Angriffen auf demokratische Institutionen. Der immer wiederkehrende Versuch der Distanzierung von extremen Gruppen bleibt halbherzig.

Die Reichsbürger lehnen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Institutionen dezidiert ab. Sie sehen sich als Opfer, bilden eigene kleine Refugien. Nicht wenige von ihnen haben eine Affinität zu Gewalt und sind durchaus bereit, ihr „Territorium“ auch so zu verteidigen. Sie wittern vermutlich in den Demonstrationen und Unmutsäußerungen zur Corona ihre Chance

sich zu verbreitern und eine Bühne für ihre Forderung nach Abschaffung der BRD zu bekommen.

Mit dabei sind die verschiedensten rechtsextremen Gruppen, die mehr oder weniger offen zum Umsturz aufrufen. Sie nutzen die antisemitischen Tendenzen der Verschwörungstheoretiker (die Mehrzahl sind Männer), kommunizieren ihre ablehnende Haltung zur Demokratie. Und sie finden einen guten Nährboden für ihre schon in den Hass übergehende Ablehnung von Medien, ihre Diktion ist von allen belogen und betrogen zu werden.

Gemeinsamkeiten der Strömungen

Auch wenn hier nur ein kurzer Eindruck wiedergegeben werden kann und die vertiefte Analyse dieser Strömungen einer viel weiter gehenden Auseinandersetzung bedürfte, sind einige Gemeinsamkeiten auffällig und beunruhigend. Erst einmal sind sie der Ansicht, dass sie recht haben und im Recht sind. Zweitens kündigen sie den gesellschaftlichen Grundsatz der Diskussion auf. Es geht nicht ums Argument und um Überzeugung, es geht um Ablehnung. Wissenschaftliche oder evidenzbasiert Erkenntnisse werden als Unwahrheiten diffamiert, wenn sie nicht ins Weltbild passen. Drittens, ihre Sprache, ihr Angriff, ihre Diktion sind auf konkrete Personen gerichtet. Diese werden beschimpft, als Verbrecher_innen dargestellt, sind Feinde. Viertens haben sie keine Scheu an Symbolen und Weltbildern anzustreifen, die eindeutig faschistisch sind.

Bei allem Verständnis für Unbehagen und Unmut einer Situation gegenüber, die undurchsichtig ist, in den Reaktionen und Maßnahmen nicht immer nachvollziehbar. Natürlich muss über die Einschränkungen, Verordnungen und das Vorgehen der Politik diskutiert werden. Natürlich muss es möglich sein, die eigene Überzeugung zum Ausdruck zu bringen und auch auf die Straße zu gehen. Und es sind sicherlich nicht alle, die mit diesen Demonstrationen mitmarschieren verbunden mit diesen Gruppierungen, vielen wollen vielleicht wirklich ihre Sorge zum Ausdruck bringen und fühlen sich nicht genug informiert und nicht genug



Foto von einer FPÖ Kundgebung gegen die Corona Maßnahmen am 20.05.2020.

gesehen. Das ist legitim und wichtig. Insofern kann darüber gestritten werden bzw. sind Möglichkeiten zu entwickeln, die Bedingungen für Demonstrationen festlegen, die den Covid-19-Maßnahmen kompatibel sind. Die ersten Reaktionen auf die Ereignisse vor dem Reichstag Ende August waren unter anderem ein Demonstrationsverbot vor dem Reichstag anzudenken. Das ist sicherlich der falsche Weg. Auch wenn die Symbolik der Reichsflagge auf den Stufen des Reichstags eine unerträgliche ist, ändert die Verbannung nichts an der Problematik an sich, das wirkt eher wie aus den Augen aus dem Sinn.

Kopfschütteln allein reicht nicht

Und es mag sehr erheiternd sein, sich über die Inkonsistenzen und Widersprüchlichkeiten mancher lautstark vertretenen Annahmen lustig zu machen. Immer wieder aufzuzeigen, wie wenig Substanz dahinter ist, wie leicht die Argumente auszuhebeln sind. Aber das bringt eigentlich nicht sehr viel, außer eine weitere Verhärtung der Fronten. Eine gewisse Ratlosigkeit im Umgang mit dem massiven Aufkommen von Fake-News und Verschwörungstheorien lässt sich feststellen. Es ist auch schwierig mit Menschen zu argumentieren,

die Argumenten gegenüber nicht aufgeschlossen sind. Und sie fühlen sich vermutlich im Aufwind, nicht nur durch den Präsidenten der USA. Wir alle können täglich erleben, wie unser Eindruck der Umgebung von den Timelines und gefilterten Nachrichten auf Facebook, Twitter, Instagram und wie sie alle heißen, beeinflusst wird. Information zu finden und zu bewerten ist wirklich aufwendig geworden und trotzdem unerlässlich.

Aber eines muss schon klar und laut gesagt werden. Diese Demonstration war, wie einige andere auch, dominiert von autoritären Ansichten und rechtsextremer Symbolik. Was vorrangig als Sorge der Bürger_innen getarnt ist, wird benutzt, um den demokratischen Grundkonsens anzugreifen. Da hilft die Debatte um Fake-News nur bedingt. Auch das verständnisvolle Anmerken, dass Menschen in unsicheren Zeiten halt einfache Antworten vorziehen, ist zwar vielleicht eine Erklärung des Phänomens, aber noch keine Strategie. Denn trotz aller Beteuerungen der Organisator_innen und Demonstrant_innen: Es geht hier nicht um Freiheit und nicht um Recht, schon gar nicht um das der Andersdenkenden.



Veronika Litschel

US-WAHLEN

JOE BIDEN UND DIE RIESENKRÖTEN

Die Linke in den USA ist im Dilemma: Sie kann gar nicht anders, als für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden zu mobilisieren. Ob er seine Versprechungen auch hält, ist allerdings fraglich.

Trump muss weg, alles andere ist nebensächlich: Joe Biden mit seiner Frau Jill, nachdem er am 20. August als Kandidat der Demokratischen Partei nominiert wurde. Sie werden von Tür zu Tür gehen und ihn anpreisen, sie werden alles unternehmen, damit möglichst viele Leute ihn wählen. Die Linke in den USA – innerhalb und außerhalb der Demokratischen Partei – wird zum großen Teil Joe Biden bei seinem Kampf um die Präsidentschaft unterstützen.

Vielen wird das nicht leichtfallen. Denn sie wissen, Biden ist ein Mann von vorgestern, der in seiner politischen Karriere Maßnahmen unterstützt hat, die gegen ihre Prinzipien sind.

Denn Joe Biden ist ein Mann des Establishments. So hat er in den siebziger Jahren mit Befürwortern der „Rassentrennung“ zusammengearbeitet. Außenpolitisch gilt er als Falke, der etwa 2003 dem Irakkrieg des damaligen Präsidenten George Bush zugestimmt hat. Die größte Auswirkung seiner bisherigen politischen Arbeit hatte der „Violent Crime Control and Law Enforcement Act“ von 1994, an dessen Ausgestaltung er als Senator maßgeblich beteiligt gewesen war. Dieses Gesetz führte zu einer beispiellosen Masseninhaftierung von mehrheitlich afroamerikanischen Jugendlichen, die schon wegen geringer Vergehen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Gefahr des Faschismus

Auch Bidens Nähe zur Finanzindustrie ist für die Linke eine Riesenkröte: Im jetzigen Wahlkampf hat Biden bereits sieben Millionen US-Dollar an Spenden aus der Finanzindustrie eingesackt, weit mehr als Donald

Trump. Die Angestellten der sechs größten Banken des Landes haben ihm laut „Politico“ schon über 900 000 Dollar gespendet, rund dreimal mehr als Trump.

„Es ist, wie wenn ich jemandem sage, <du hast einen Teller Scheiße vor dir und musst nur die Hälfte davon essen> – es ist immer noch Scheiße.“ So beschreibt die politische Aktivistin Nina Turner in der Zeitschrift „The Atlantic“ ihre Gefühlslage. Turner war Koeiterin von Bernie Sanders’ Kampagne bei den Vorwahlen. Außerdem sitzt sie im Leitungsgremium von Our Revolution, einer Sanders nahestehenden Organisation, die landesweit progressive KandidatInnen bei ihren Wahlkampagnen unterstützt.

Früher war es in der Linken heftig umstritten, ob man einfach das kleinere Übel wählen, es aus Protest lieber bleiben lassen oder eine aussichtslose Kandidatur unterstützen soll. Doch diesmal ist alles anders. Es geht primär darum zu verhindern, dass Trump vier weitere Jahre als US-Präsident amtieren kann.

Denn dieser wird zunehmend als faschistische Bedrohung wahrgenommen: Er dämonisiert politische GegnerInnen, bestärkt Rassisten und Verschwörungstheoretikerinnen. Unverhohlen plant er, durch die Schwächung der staatlichen Post die Wahlen zu verfälschen, während er immer aggressiver davon spricht – ohne Belege –, dass die Wahl von seinen GegnerInnen gefälscht werde. Er betreibt eine Strategie der Spannung, die jüngsten landesweiten Demonstrationen gegen Polizeigewalt dienen ihm als Anlass, vor Chaos zu warnen, und als Vorbereitung dazu, BundespolizistInnen einzusetzen, wie bereits in Portland und Washington DC geschehen.

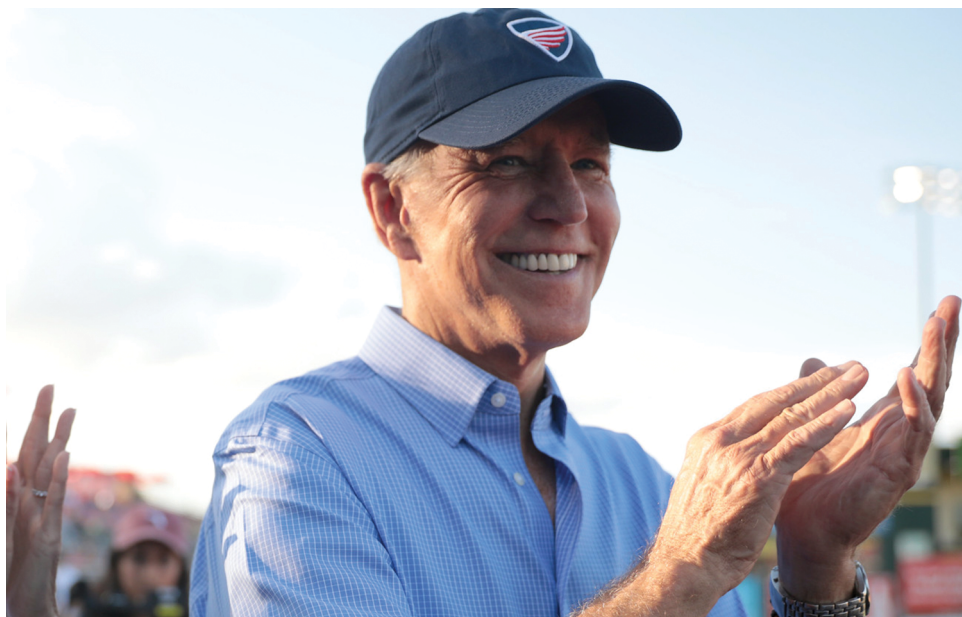


Foto Gage Skidmore

Gleichzeitig hat Trumps Krisenmanagement während der Coronakrise eine Massenarmut mitverursacht, wie es sie seit den dreißiger Jahren nicht mehr gegeben hat. Laut jüngsten Umfragen haben 29 Millionen EinwohnerInnen manchmal oder mehrmals pro Woche nicht genug Geld, um Lebensmittel zu kaufen. 30 bis 40 Millionen droht laut einer Studie der National Low Income Housing Coalition bis Ende Jahr die Ausweisung aus ihrer Wohnung oder ihrem Haus, weil sie die Miete nicht mehr bezahlen können. Trump traut man inzwischen auch zu, dass er bei einem knappen Wahlausgang zu seinen Ungunsten mit polizeilicher und militärischer Gewalt versuchen wird, an der Macht zu bleiben.

Bidens Regenbogenkoalition

Joe Biden ist am 20. August am Parteikonvent der DemokratInnen offiziell zum Kandidaten erklärt worden. Seine Rede am Konvent wurde von vielen US-Medien als seine beste überhaupt gewürdigt. Er nahm die Themen der Linken auf: soziale Gerechtigkeit, Kampf gegen die Diskriminierung, Klimakatastrophe. Bei der Frage nach konkreten Umsetzungen blieb er aber vage und setzte mehr auf Emotionen. Er sprach von seiner Familie, vom Amerika der unbegrenzten Möglichkeiten, vom Schutz der US-Truppen.

Er weiß, wenn er gewinnen will, braucht er eine breite Koalition. So setzt er auch auf Konservative, die genug von Trump haben. Stellvertretend für diese Strömung sprach der frühere republikanische Außenminister Colin Powell auf dem Parteitag. Der linke Filmemacher Michael Moore schrieb dazu sarkastisch: „Nichts einigt unser Land mehr, als sich liebevoll zurückzuerinnern an

das Bombardieren, Einfallen, Terrorisieren und Plündern des Irak auf der Basis der Lügen dieses Mannes vor der Uno.“

Biden weiß auch, dass er die Linke bei der Stange halten muss. So durfte auch Bernie Sanders, sein Widersacher aus den Vorwahlen, auf dem Parteitag eine Rede halten. Dieser lobte Biden in den höchsten Tönen und machte klar, um was es der Linken wirklich gehen muss: „Um die Zukunft unserer Demokratie, unserer Wirtschaft und unseres Planeten. Der Preis, wenn wir versagen, ist viel zu hoch.“ Die beiden Teams von Biden und Sanders haben gemeinsam eine Wahlplattform für die Partei ausgearbeitet. Dabei war das Biden-Lager etwa in Klimafragen zu großen Zugeständnissen bereit. Herzstück des Klimaplans ist nun ein gigantisches Investitionsprogramm, das die US-Wirtschaft umbauen und Millionen „grüne Jobs“ bringen soll. Bis 2035 soll die gesamte Energieerzeugung fossilfrei werden, und neue Häuser sollen keine klimaschädigenden Emissionen mehr ausstoßen.

Allerdings gibt es auch Dinge, die das Sanders-Lager bei der Wahlplattform nicht durchgebracht hat: So wurde die Forderung nach einem Ende der Steuererleichterungen und Subventionen für die fossile Industrie wieder aus der Plattform gestrichen. Auch die zentrale Forderung aus dem Sanders-Lager fehlt: „Medicare for all“, also eine obligatorische Krankenversicherung für alle. Biden hat klargemacht, dass er als Präsident ein solches Gesetz mit dem Veto verhindern würde. Viel zu teuer sei das.

Es gibt denn auch eine linke Strömung, die Biden nicht für wählbar hält: die Grüne Partei. Wie schon

vor vier Jahren tritt sie mit einem eigenen Kandidaten an, diesmal mit ihrem Mitgründer, dem früheren Gewerkschafter, Friedens- und Umweltaktivisten Howie Hawkins. Dieser glaubt nicht, dass er mit seiner Kandidatur Trump hilft, weil er Biden Stimmen wegnimmt. Wer ihn wähle, würde Biden sowieso nie wählen.

Der Druck der Straße

Die Linke um Sanders hofft derweil auf die Zeit nach der Wahl, wenn Biden gewonnen hat. Sie wollen Druck auf ihn ausüben, damit er fortschrittlicher handelt, als er es eigentlich ist – wie Franklin Roosevelt in den dreißiger Jahren, der unter dem Druck einer progressiven Bewegung den New Deal, ein großes Konjunkturpaket, auf den Weg brachte.

Es gibt Anzeichen, dass das auch diesmal klappen könnte: Die Klima- und die Black-Lives-Matter-Bewegung werden auch nach Bidens Wahl weiter Druck auf der Straße machen. Sie werden zudem über mehr Unterstützung im Parlament verfügen, in dem linke,

bewegungsnahe Abgeordnete um die New Yorker Parlamentarierin Alexandria Ocasio-Cortez weiter an Einfluss gewinnen werden.

Doch es gibt auch vieles, was gegen eine progressive Biden-Politik spricht: Denn das Parlament als Ganzes wird auch nach der Wahl nicht links dominiert sein. Sogar wenn Biden wollte, würde er vom Repräsentantenhaus und noch mehr vom Senat – der möglicherweise in republikanischer Hand bleibt – gebremst.

Trotz der großen Krise, in der sich das Land befindet, ist es deshalb unwahrscheinlich, dass Biden zum großen Sprung nach vorn ansetzt. Signale aus dem Umfeld Bidens lassen viel eher vermuten, dass er nach seiner Wahl auf das große Budgetdefizit verweisen wird, das er von Donald Trump geerbt hat, und dann aus Spargründen seine teuren Versprechungen eine um die andere unter den Tisch fallen lässt

Zunächst erschienen auf *WOZ.ch*
 Von Daniel Stern

Der Klimawandel ist wirklich zum Heulen...

Unser umfangreiches Druckangebot orientiert sich an den umweltschonendsten Standards und besticht durch Qualität und persönliche Beratung. Überzeugen Sie sich selbst – bei einem köstlichen Frühstück in unserem Haus. Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Donau Forum Druck Ges.m.b.H.
 Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien
 Tel.: +43 (0)1 804 52 55, office@dfd.co.at
 www.dfd.co.at

...daher sind wir um Lösungen bemüht

785
 EU Ecolabel
 PEFC
 Klimaneutral Drucken powered by ClimatePartner®
 EU-Ecolabel: AT/28/026

SPIEL MIT DEM BÜRGERKRIEG

Die Toten bei den Auseinandersetzungen zeigen: Die Eskalation ist längst da. US-Präsident Trump stachelt die Gewalt an und riskiert einen Bürgerkrieg.

Eines ist völlig klar: US-Präsident Donald Trump und seine Apologeten in den entsprechenden Medien schüren die Gewalt, die sich seit dem Tod des Schwarzen George Floyd auf den Straßen vieler US-amerikanischer Städte ausbreitet. Wo Fingerspitzengefühl, versöhnliche Worte und Polizeireformen notwendig wären, stehen bei Trump der Ruf nach Militär oder Nationalgarde, die Ablehnung jeglicher Verantwortung und die Denunziation und Schuldzuweisung an den politischen Gegner.

Damit mobilisiert Trump immer öfter die zahlreichen bis an die Zähne bewaffneten rechtsextremen und Militia-Gruppen, sich selbst in die Auseinandersetzungen einzumischen. In Wisconsin führte das in der vergangenen Woche zum Tod zweier Protestierender, jetzt wurde in Oregon ein Trump-Anhänger erschossen. Die Angst geht um, was von diesen Leuten ausgehen könnte, wenn Trump die Wahl verlieren und dieses Ergebnis einem „Wahlbetrug“ zuschreiben sollte, wie er es seit Wochen andeutet.

Da muss man nicht mehr vor Eskalation warnen – sie ist längst da. Die Lage passt zum Bild Trumps während seiner bisherigen Regierungszeit: Es interessiert ihn

nicht, sein Land gut zu regieren, ihn interessiert nur, was ihm nützt – auch wenn sich die Bürger derweil gegenseitig an die Gurgel gehen. Konflikt und Polarisierung sind das Metier, in dem Trump blüht und gedeiht.

Leider scheint er dabei erneut recht erfolgreich zu sein: In den Umfragewerten schwindet der Vorsprung seines demokratischen Herausforderers Joe Biden auf bedenkliche Weise und liegt in manchen der wahlentscheidenden Swing States schon unter dem von Hillary Clinton zum gleichen Zeitpunkt 2016.

Trump hat immer wieder Krisen künstlich erzeugt, um sie dann mit viel Pomp zu lösen oder um den Demokraten damit Zugeständnisse abzupressen. Was er jetzt betreibt, geht darüber allerdings hinaus. Denn wenn der Geist erst richtig aus der Flasche ist, den Trump da gerade herbeiruft, bekommt ihn so schnell niemand mehr wieder hinein. Das ist ein Spiel mit dem Bürgerkrieg.

Zuerst erschienen auf *Taz.de*

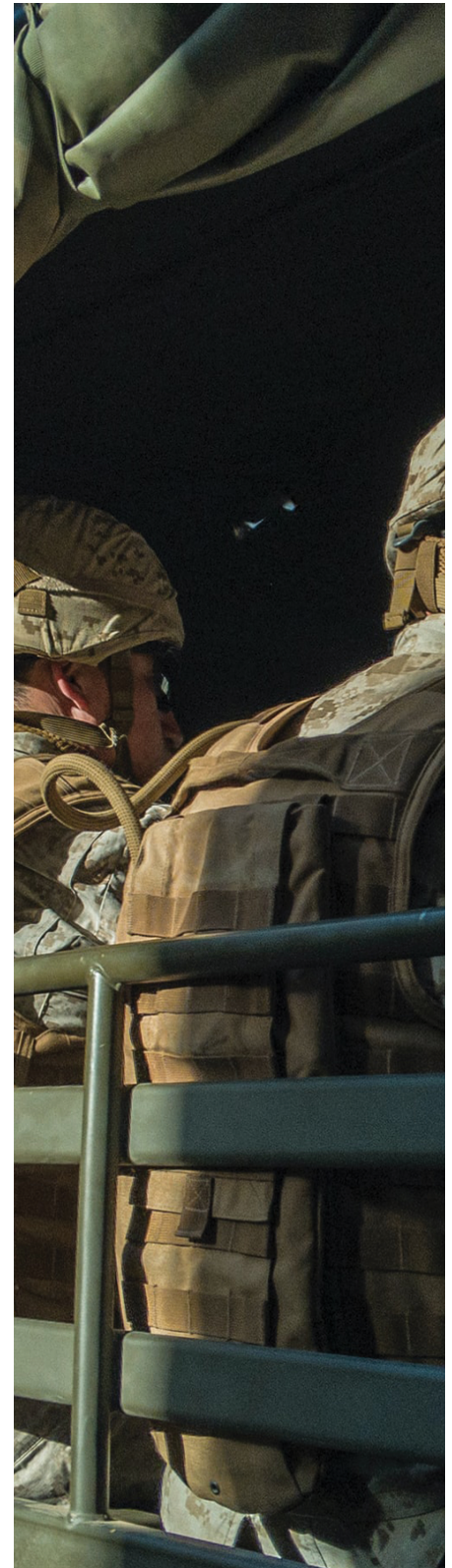


Foto Diego Gonzalez

HIROSHIMA GEDENKTAG

2020 fand am Wiener Stephansplatz die Gedenkveranstaltung für Opfer der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki statt. Cornelia Stahl befragte Alois Reisenbichler vom Wiener Friedensbüro zu Hintergründen des Gedenktages.

Wir gedenken heuer der Opfer der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki, welche vor 75 Jahren geschahen. Was hat sich seither in Sachen Abrüstung von Atomwaffen verändert?

Am 6. August 1945 wurde die erste US-Atombombe auf Hiroshima abgeworfen, am 9. August über Nagasaki. Es ist eigentlich unvorstellbar, dass wir ein dreiviertel Jahrhundert danach noch immer vor dem gleichen Problem stehen, ja es ist sogar noch viel schlimmer geworden: Die Weltuntergangsuhr 2020 auf 100 Sekunden vor 12! Dieses weltweite Projekt von renommierten Wissenschaftler/innen warnt: **Wir sind so kurz vor Mitternacht und dem Weltuntergang nah wie noch nie zuvor.**

Der Menschheit steht am Abgrund: einerseits durch die Klimaerhitzung, für die es dank der weltweit engagierten Jugendlichen und anderen Personen ein immer größer werdendes Bewusstsein gibt. Genauso bedrohlich ist ein Atomkrieg. Daher ist es gerade jetzt sehr wichtig, sehr laut und deutlich darauf aufmerksam zu machen: Entweder schafft die Menschheit die Atomwaffen ab oder die Atomwaffen schaffen die Menschen ab!

Seit wann genau gibt es in Wien die Gedenkveranstaltung gegen Atomwaffen und Krieg?

Schon in den 1950er und 1960er Jahren gab es in Österreich Ostermärsche gegen die Atomwaffen, eine Tradition, die es bis heute in Deutschland gibt. Gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles demonstrierten am 15. Mai 1982 70.000 und am 23. Oktober 1983 100.000 Menschen auf dem Wiener Rathausplatz. Anfang der 1980er Jahre gründete eine japanische Studentin in Wien die Hiroshima-Gruppe, seit 1998 sammeln wir Grußadressen, die alle auf der Homepage www.hiroshima.at nachzulesen sind.

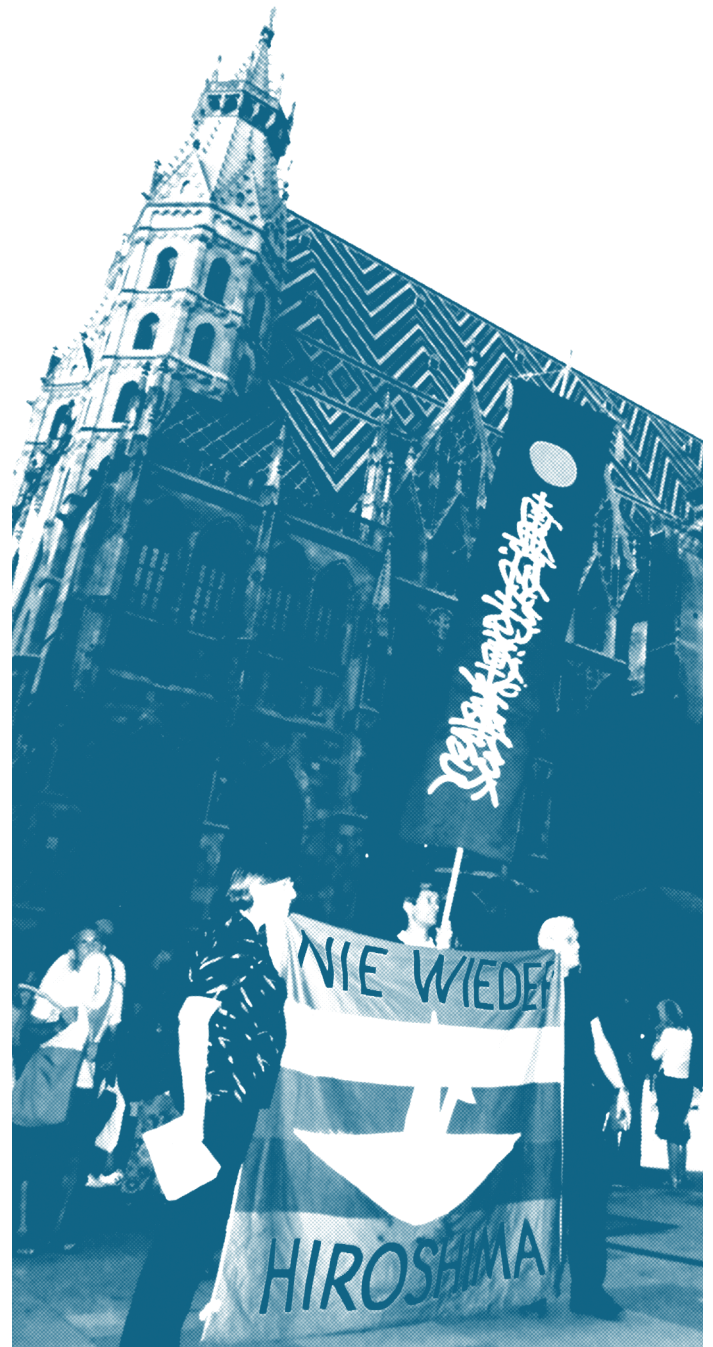


Foto Alois Reisenbichler

In Ihrer Presseaussendung war zu lesen, dass wir uns erneut in einem atomaren Wettrüsten befinden? Könnten Sie näher darauf eingehen?

Jahrzehntelang kämpfen Menschen in allen Kontinenten für Abrüstung, vor allem der Massenvernichtungswaffen, aber auch generell für eine Welt, in der Kriege endgültig der Vergangenheit angehören. Der Druck von unten hat zu Verhandlungen der Großmächte geführt, um Rüstung zumindest zu begrenzen und zum Teil abzurüsten.

Millionen haben gegen die atomaren Mittelstreckenraketen demonstriert. Auf Grund der enorm kurzen Vorwarnzeiten kann jederzeit ein Atomkrieg ausbrechen, auch aus Versehen, aus technischen Mängeln oder menschlichem Versagen. „Besuchen Sie Europa, so lange es noch steht“, war ein Schlager in den 1980er-Jahren. Daher war für uns der der INF-Vertrag (Verbot landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa) 1987 ein sehr großer Fortschritt. Die USA sind im Vorjahr ausgestiegen, dann auch Russland, dieses für unser aller Überleben wichtige Abkommen ist Geschichte. Das war auch für mich persönlich ein Schock und macht mir Angst.

Die unsichere Zukunft des im Februar 2021 auslaufenden New Start-Vertrages (USA/Russland zur Limitierung von Interkontinentalraketen) ist eine weitere große Gefahr. Der Verhandlungsstart im Juni in Wien war eigentlich wie erwartet enttäuschend. Wie geht es weiter mit dem NPT Vertrag (über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen)? Zu Recht kritisieren die Nichtatomwaffenstaaten, dass die Atomwaffenstaaten sich um ihre Verpflichtung zu atomarer Abrüstung nix scheren. Wir sind nicht mehr am Beginn, sondern mitten im atomaren Wettrüsten!

Welche zivilgesellschaftlichen Organisationen haben sich heuer auf der Gedenkveranstaltung zum Hiroshima-Tag in Wien engagiert?

Die Wiener Friedensbewegung, die Hiroshima-Gruppe und Pax Christi Wien organisieren mit Unterstützung von OMEGA-IPPNW, den ÄrztInnen gegen den Atomkrieg, vom Versöhnungsbund, vom Roten Kreuz sowie

anderen für den Frieden und die Umwelt engagierten Initiativen die Hiroshima-Aktion.

Wie viele Grußadressen konnten Sie in diesem Jahr verzeichnen? Geben Sie bitte einige Beispiele!

Bis 6. August 2020 sind 263 Grußadressen eingelangt, danach kommen noch immer einige Mails. Alle Grußadressen kann man / frau auf www.hiroshima.at nachlesen. Wir wenden uns bewusst an Prominente und Basisaktivist/innen, in fast allen gesellschaftlichen Bereichen.

In Sachen Atomwaffen und noch mehr in Sachen Atomkraftwerke ist Österreich weltweit eine große Ausnahme, z. B. in Deutschland, wo US-Atomwaffen lagern, ist es unvorstellbar, dass die Regierungsvertreter/innen eine Aktion für eine atomwaffenfreie Welt ganz selbstverständlich unterstützen.

Der Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen schreibt in seiner Grußadresse: „Dank einer Petition von Friedens- und Umweltgruppen sind in Österreich als einem der wenigen Staaten der Welt Atomwaffen und als einziges Land der Welt Atomkraftwerke in der Verfassung verboten. Diese eindeutige Haltung einer sehr großen Mehrheit der Bevölkerung hat dazu geführt, dass die österreichische Außenpolitik einer der wichtigsten Kräfte für die Beschlussfassung des Atomwaffenverbotes war und ist. Wenn 50 Staaten dieses Verbot ratifizieren, dann sind Atomwaffen völkerrechtlich illegal. Es fehlen nur noch wenige Staaten.“

Von welchen Seiten wurde die Gedenkveranstaltung finanziell unterstützt?

In Österreich gibt es leider für Friedensarbeit fast keine öffentliche und für Friedensforschung viel zu wenig öffentliche Unterstützung. Manche Friedensforscher/innen bei uns in Österreich nagen wirklich fast am Hungertuch, ganz in der Realität: Sie wissen nicht, wie sie ihren Lebensunterhalt von den finanziellen Erlösen aus Friedensforschung bestreiten.





Die Hiroshima-Aktion wird ehrenamtlich organisiert, wir machen das in unserem Urlaub und zum Teil zahlen wir halt eine Kleinigkeit dazu. Sehr positiv ist, dass uns von Gewerkschaften wie der GPA-DJP und der VIDA, Fraktionen wie der FSG, der UG und dem GLB, dem Internationalen Sekretariat des ÖGB, der Arbeiterkammer NÖ oder dem NÖ EU-Abg. Günther Sidl mit dem Druck unserer Zeitungen und Flugblätter geholfen wird.

Die Friedensbewegung hat schon vor über 40 Jahren gefordert, dass zehn Prozent der Ausgaben für die sogenannte „Geistige Landesverteidigung“ (also nicht einmal der gesamten Militärausgaben) für Friedensforschung und Friedensarbeit verwendet werden. Leider bis jetzt ohne Erfolg. Das wichtigste ist das ehrenamtliche Engagement der Menschen!

Zum Schluss: Was muss noch erwähnt werden, was blieb ungesagt?

Friedensbewegung und Arbeiter/innenbewegung gehören zusammen: 1,917 Billionen US-Dollar an globalen Militärausgaben 2019.

Es ist genug für alle da, aber es ist extrem ungerecht verteilt und es wird für die Aufrüstung verschleudert. Diese enormen Mengen an Arbeitskraft, Forschung und Ressourcen für die Aufrüstung fehlen im Sozialen, in Bildung und Kultur, beim Umweltschutz und bei der Gesundheitsversorgung. „Rüstung tötet auch ohne Krieg“, sagte Dorothee Sölle in den 1980er Jahren. „Atomwaffen sind ein Diebstahl an den Armen“, betonen vor allem die Menschen im Süden.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass bei großer Gefahr in die Wirtschaft und in die Gesellschaft eingegriffen werden muss und dass das möglich ist. Wir sehen, dass Staaten, die militärisch enorm mächtig sind, aber

ihr Sozial- und Gesundheitssystem kaputtgespart oder nie aufgebaut haben, einer Pandemie fast hilflos gegenüberstehen. Das beste Beispiel dafür sind die USA. Waffen helfen nicht gegen Viren.

Klimaerhitzung und Atomwaffen sind eine noch viel größere Bedrohung als Corona (ohne diese kleinreden zu wollen), aber trotz aller Fortschritte passiert viel zu wenig. Es ist höchste Zeit zu Handeln! Die Ursachen der Klimaerhitzung sind komplex und erfordern unterschiedlichste Maßnahmen. Bei Atomwaffen ist die Lösung vergleichsweise sehr einfach, aber auf Grund von Machtinteressen schwer durchzusetzen: Alle Atomwaffen abschaffen! Nur eine Welt ohne Atomwaffen ist eine sichere Welt!

[Ich danke Ihnen für das Interview!](#)



REZENSIONEN Cornelia Stahl
Redakteurin „Literaturfenster Österreich“ bei Radio Orange

Sabine Geller, Christiana Weidel, Bellinda Schmalekow (Hg.)
DANUBE WOMEN STORIES. VOL. 2
64 FRAUEN, 6 LÄNDER, 8 STÄDTE

Man muss nicht auf dem Donauradwanderweg wandeln, um die Donau kennenzulernen. Mit dem neuen Buch aus dem Danube-books Verlag kann jeder in Gedanken reisen, und zwar an Orte, die an der Donau gelegen sind: wir erkunden zum Beispiel Linz, Regensburg und Vukovar (Kroatien), die im Nachfolgeband (von 2018) versammelt sind und begegnen Frauen, die an diesen Orten Spuren hinterlassen (haben).

Da ist die 2018 verstorbene Flüchtlingshelferin Ute Bock aus Linz. Der nach ihr benannte Verein besteht nach wie vor (in Wien). Ein Film bezeichnete sie als „Superstar“ und trifft es auf den Punkt. Die mir unbekannt Dichterin, Komponistin, Hedda Wagner, die während der NS-Zeit Publikations- und Aufführungsverbot erhielt, lerne ich kennen. Sehr neugierig und ein wenig neidisch hat mich das Atelier der Niederösterreicherin und Künstlerin Anna Maria Brandstätter gemacht, denn man blickt von dort aus direkt auf die Donau. Auch die kroatische Stadt Vukovar macht neugierig: Die Region litt während des Kroatienkriegs 1991–1995 am stärksten. Gemeinsam mit der sympathischen Stadträtin Biljana Gaća möchte ich die mir unbekannt Metropole erkunden. In Regensburg stehe ich auf der Brücke und plaudere in Gedanken mit Barbara Krohn, die längst keine Unbekannte mehr ist in dieser Stadt und angehenden Autorinnen als Expertin für kreatives Schreiben zur Seite steht.

Die Herausgeberinnen um Sabine Geller präsentieren Frauen aus dem Donaauraum, die ihre Stadt nachhaltig prägen (prägten). Ein wunderbares Exempel für weibliche Geschichtsschreibung eben.

Das Buch eignet sich als ebenfalls als Begleitlektüre zur Ausstellung „DONAU- Menschen, Schätze & Kulturen“, die man noch bis 8.11.2020 auf der Schallaburg besuchen kann. Mit dem Buch unterm Arm können Sie an den Ufern des 2800 kilometerlangen Flusses wandeln und flanieren, und sich dabei bestens unterhalten.



Ulm: danube books. 2020.
163 Seiten.
ISBN: 978-3-946046-22-6

Hilde Langthaler

VERWORTUNGEN

LYRIK DER GEGENWART

Wanderer sind wir... „Wanderer sind wir in dieser Welt, nicht Sesshafte“ (S.16) schreibt Hilde Langthaler in ihrem letzten Lyrikband. Eine Textpassage aus dem Hebräerbrief, könnte man meinen. Oder eine Aussage von Erasmus von Rotterdam, Nietzsche, Hesse? Von Geburt an ist unser Leben geprägt von Veränderungen, Berufs- und Wohnungswechsel, Unwägbarkeiten. -

Vergänglichkeit ist auch ein Dauerthema in der Natur, das im Gedicht: **Jenseits von Eden**, in Metaphern zur Sprache kommt: *verschwunden, verdrängt, sublimiert/ ins meer des vergessens gestoßen*. Die Raupe steht stellvertretend als Symbol für schrittweises, mühsames Fortbewegen. Das Wissen um die eigene Begrenztheit, um die Endlichkeit, schwingt im Subtext mit: *über kurz oder lang wird es zu ende mit uns sein*. (S.8).

Melancholische Gedanken spiegeln sich in Langthalers Lyrik.

Aber die Autorin wird nicht müde, ebenso politische, gesellschaftskritische und kapitalismuskritische Zeilen ins Spiel zu bringen. Deutlich lesen wir diese im Gedicht: **Wir produzieren** (S.15): *immer mehr maschinen ... in immer kürzerer zeit / zugleich verlängern wir die arbeitszeit*. Lyrik und Prosagedichte wie **Novemberland** (S.56), entwickeln ein eigenes Narrativ. Das Werden und Vergehen des Menschen und der Natur beobachten wir, sind als Lesende involviert: *feuchte blätter am boden, gelb und verdreht. Zähflüssig. Nebel hüllt alles ein*.

Die Holzschnitte von Richard Langthaler, geboren 1942 in Niederösterreich, durchbrechen die Textsequenzen, entwickeln eine eigenständige Lesart. Prozesshaft erleben wir die Verschmelzung von Grafik und Text, die letztlich in die Entstehung eines eigenständigen (eigenwilligen) Kunstwerkes mündet, ein Spiegel der widerständigen Künstlerin selbst.

Hilde Langthaler (1939-2019), studierte Medizin, Soziologie und Publizistik, arbeitete im In- und Ausland. Langthalers Reflexionen über die Liebe imaginieren in uns Bilder von einer Kraft, die über den Tod hinaus weiterhin bestehen kann. Die präsentierten Gedichte sind vielstimmig und sprechen somit einen erweiterten Leser/innenkreis an.



St. Wolfgang:
Edition art science.
2019, 72 Seiten.
ISBN: 978-3-902 864-88-8